

daten & fakten



2'97

MAGAZIN

DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

Zahl der Ehescheidungen 1996 weiter angestiegen

Nun doch das „verflixte siebte Jahr“

1996 wurden im Land Brandenburg 4 016 Ehen geschieden, 67 bzw. 1,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bei 2 847 (71 Prozent) der Scheidungen waren 4 207 minderjährige Kinder betroffen. 1995 waren es 2 776 Ehepaare mit 4 216 Kindern unter 18 Jahren.

Die meisten Ehen (355) wurden nun doch im so oft erwähnten „verflixten siebten Jahr“ getrennt. Auch nach acht bzw. neun Ehejahren waren Scheidungen recht zahlreich (320 bzw. 335). Mit zunehmender Ehedauer nahmen die Anteile deutlich ab. Allerdings: Gut sechs Prozent der Paare hatten bereits die „Silberne Hochzeit“ hinter sich.

Mit über 72 Prozent wurden die meisten der 4 016 Scheidungen 1996 – wie in früheren Jahren auch – von Frauen beantragt. Dies geschah in 969 Fällen ohne Zustimmung des Mannes. Den 1 075 vom Mann beantragten Scheidungsverfahren hatte überwiegend (776) die Frau zugestimmt. Meist ging dem endgültigen Bruch eine längere Trennung voraus.

Deutlich mehr als die Hälfte (57,5 Prozent) der Scheidungen erfolgte einverständlich nach einjähriger Trennung. 1 516 Paare wurden nicht einverständlich nach einjähriger Trennung geschieden. Eine dreijährige Trennung der Partner ging bei 131 Ehepaaren voraus.

Bis zur Rechtskraft der Entscheidung dauerten die Verfahren durchschnittlich 16,2 Monate. Der durchschnittliche Streitwert betrug 13 815 DM.

Ehescheidungen im Land Brandenburg nach der Ehedauer und der gesetzlichen Grundlage

Ehedauer	Ehescheidungen		vor einjähriger Trennung	nach einjähriger Trennung		nach dreijähriger Trennung
	absolut	Prozent		nicht einverständlich	einverständlich	
unter 5 Jahren	282	7,0	19	88	173	2
5 bis unter 10 Jahre	1 455	36,2	15	560	836	44
10 bis unter 15 Jahre	1 065	26,5	17	405	617	26
15 bis unter 20 Jahre	592	14,8	4	233	332	23
20 bis unter 25 Jahre	372	9,3	—	139	216	17
25 und mehr Jahre	250	6,2	3	91	137	19
Insgesamt	4 016	100	58	1 516	2 311	131

Bürokauffrau und Maurer rangierten auch 1996 wieder auf den vorderen Ausbildungsplätzen

Im Land Brandenburg fiel die Wahl des Ausbildungsberufes von insgesamt 59 101 Auszubildenden in einer betrieblichen bzw. außerbetrieblichen Ausbildung je nach Geschlecht sehr unterschiedlich aus. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg mitteilt, wurde am 31.12.1996 die Liste der Ausbildungsberufe der weiblichen Auszubil-

denden wie bereits im Vorjahr von der Bürokauffrau angeführt. Damit erlernen 11,6 Prozent von den insgesamt 22 571 auszubildenden jungen Frauen diesen Beruf. An zweiter Stelle rangiert mit 10,5 Prozent die Kauffrau im Einzelhandel und an dritter Stelle mit 5,5 Prozent die Friseurin.

Auch bei den jungen Männern hat sich die Reihen-

folge der gewählten Berufe gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

An der Spitze bei den Ausbildungsberufen der insgesamt 36 530 männlichen Auszubildenden steht der Beruf des Maurers mit 11,8 Prozent, gefolgt vom Kraftfahrzeugmechaniker (7,7 Prozent), und auf Platz 3 rangiert mit 5,8 Prozent der Beruf Maier und Lackierer.

Die zehn am häufigsten belegten Ausbildungsberufe von Auszubildenden im Land Brandenburg (Stand: 31.12.1996)

Ausbildungsberuf	Männer	Ausbildungsberuf	Frauen
Maurer	4 312	Bürokauffrau	2 625
Kraftfahrzeugmechaniker	2 795	Kauffrau im Einzelhandel	2 364
Maier und Lackierer	2 104	Friseurin	1 249
Elektroinstallateur	1 988	Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	926
Gas- und Wasserinstallateur	1 497	Restaurationsfachfrau	894
Industriemechaniker – Betriebstechnik	1 481	Köchin	882
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	1 372	Kauffrau für Bürokommunikation	872
Tischler	1 328	Zahnarzthelferin	808
Zimmerer	1 059	Verkäuferin	790
Dachdecker	971	Hotelfachfrau	779

Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/39405, Telefax: 0331/39418
T-Online: *47474#, E-Mail: 033139400-0001@-online.de
Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>

Schriftleitung: Antje Leutholf

Stellvertreterin: Ina Hergert

Redaktion: Jörg Glücks, Torsten Haseloff, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Renate Sonntag, Brigitte Thein, Andrea Urbanski

ISSN: 1430-2071

Bezugspreis: 5,00 DM

daten&fakten erscheint halbjährlich in der Vieth+Vieth Verlag GmbH

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



daten & fakten



Studieren
in
Brandenburg **6**

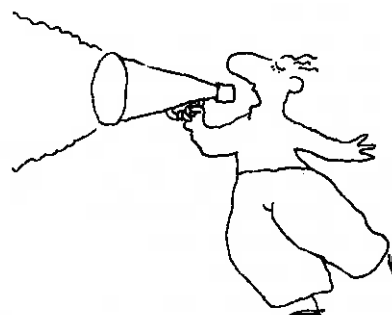


Produktion
tierischer
Erzeugnisse in
Brandenburg **16**

Kurzinformationen	2
Impressum	2
1. IT-Tag des Landes Brandenburg	4
Vorwort	5
Studieren an branden- burgischen Hochschulen	6
Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	11
Strategische Entwicklung der PC-Betriebssysteme im LDS: Windows 95 oder Windows NT	14
Produktion tierischer Erzeugnisse im Land Brandenburg	16
Umwandlung der Statistik von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft	24
LDS als Aussteller auf der Leipziger Buchmesse	26
Gästebetreuung im LDS	27
Strafverfolgungsstatistik: Unverzichtbare Quelle zur Bewertung der Kriminalität	28
Landesverwaltungsnetz: Vertrag unterzeichnet	31
Unterschiedliches Ausgabe- verhalten in Ost- und West-Haushalten	32



31 Vertragsunter-
zeichnung



32 Haushalte
für EVS 1998
gesucht

MAGAZIN

DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG **2'97**



Auch die Kaffeepause wurde zum Erfahrungsaustausch genutzt.

Intranet – die Strategie für das vernetzte Büro der Zukunft

1. IT-Tag des Landes Brandenburg

Unter Schirmherrschaft des Interministeriellen Ausschusses für Informationstechnik (IMA-IT) des Landes Brandenburg fand am 27. Mai 1997 ein strategisches Forum zum Thema „Intranet – die Strategie für das vernetzte Büro der Zukunft?!“ im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg statt. Die heutige Situation zwingt auch die Öffentliche Verwaltung, sich mit den Fragen des Einsatzes von „Intranet“ als völlig andere Philosophie der Informationsverarbeitung umfassend auseinanderzusetzen. Das Ziel ist klar, die Arbeit im Behördenalltag muß effizienter, flexibler und kostengünstiger gestaltet werden und sich an den Anforderungen der Bürger orientieren. Da spezielle Diskussionsforen immer dem Erfahrungsaustausch und der Kompetenz förderlich sind, wurde der 1. IT-Tag mit der Thematik „Intranet“ organisiert und auch sehr erfolgreich durchgeführt. Zu diesem Erfolg trug wesentlich Dr. Franz-Joachim Kauffels, Autor von über 50 Büchern und anderen Veröffentlichungen, bei.

Intranet bedeutet kurz gesagt die Anwendung der erfolgreichen Internet-Mechanismen im Inhouse-Netz (privates Netzwerk) auf Basis der lokalen Vernetzung. Ein Intranet verbindet z.B. Büros im selben Gebäude oder in der ganzen Welt, ist aber nicht öffentlich zugänglich.

Er referierte zum Thema „Chancen & Risiken von Intranets für die Verwaltung“. Es gelang ihm sehr gut, diese doch etwas „trockene“ Thematik interessant und in erfrischender Weise seinem Zuhörerkreis nahe zu bringen. Im Mittelpunkt seines Vortrages stand die Intranet-Bewegung, als längst fälliger Versuch, Antworten auf Mißstände der herkömmlichen verteilten Informationsverarbeitung und der immer unüberschaubarer werdenden PCs zu geben und andere Möglichkeiten aufzuzeigen. Er sagt, daß das Intranet die Möglichkeit bietet, mit Dingen gründlich auf-

zuräumen, die im heutigen Behördenalltag sehr viel Geld kosten und Personalkapazitäten an falschen Stellen binden. Für die Öffentliche Verwaltung ist es deshalb ein „Muß“, die Chancen, die das Intranet bietet, voll zu nutzen. Das in Aufbau befindliche Landesverwaltungsnetz mit seinen Intranet-Diensten, wie z.B. dem Landesinformationssystem „Brandenburg intern“, ist ein wichtiger Schritt in die beschriebene Richtung. Natürlich kommt es dabei auch auf den Einsatz von geeigneten Produktlösungen der Software-Hersteller an. Der Markt ist so vielfältig, daß es oft nicht einfach ist, sich für das richtige Produkt zu entscheiden. Dies veranlaßte uns, namhafte Software-Hersteller, wie Microsoft, Corel, Sun microsystem, Novell, Netscape Communications und Lotus/IBM einzuladen, mit der Bitte, ihre Intranet-Strategien zu präsentieren. Dies gelang den Firmen eindrucksvoll und somit wurde der 1. IT-Tag insgesamt gesehen zu einem gelungenen Strategie-Forum.

Sabine Reichert



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nunmehr halten Sie die dritte Ausgabe von **daten & fakten** in der Hand. Die anfängliche Ungewißheit, wie Ihnen unser Magazin wohl gefallen wird, haben Sie mit Ihren Reaktionen vertrieben. Ganz konkrete Hinweise Ihrerseits und zum Teil auch Artikel bereichern das Magazin. Es ist bislang nicht ge-

rade üblich, daß eine Behörde Informationen in dieser Form an die Öffentlichkeit weitergibt.

Das Magazin ist jedoch nur ein Produkt unseres Amtes. Wir geben 400 Statistische Berichte im Jahr heraus, vielfältige Verzeichnisse und Statistische Beiträge. Aus der neuen Reihe „Daten und Analysen“ erscheint demnächst das Heft „Tourismus im Land Brandenburg“. Das Jahrbuch als Standardwerk eines jeden Statistischen Amtes wird erstmalig bereits im Oktober und nicht erst im Dezember zu Ihrer Verfügung stehen.

Im letzten Jahr wandten sich rund 11000 Anfrager schriftlich oder persönlich vor Ort und 12000 telefonisch an unser Amt, um statistische Informationen zu erhalten. Im Bereich der Datenverarbeitung waren es allein 270 sehr komplexe Anfragen bezüglich der Anbindung an das Landesverwaltungsnetz oder der Inanspruchnahme von LVN-Diensten. Diese Zahlen steigen ständig, weil die individuell auf den Anfragenden zugeschnittene Information gefragt ist. Nun sind wir daran interessiert, häufiger auftretende Anfragen in unseren Standardveröffentlichungen zu platzieren und auch in einer Form zu präsentieren, die den Kunden anspricht. Somit hätten wir dann wiederum mehr Zeit für Ihre individuellen Anfragen.

Aus solchen Überlegungen entstand auch die „Kreiskarakteristik“ mit einer Fülle von Zahlenmaterial für die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte, die inzwischen über das Intranet des Landes Brandenburg abgerufen werden kann. Hierfür sind öffentliche Einrichtungen die Zielgruppe, die diese Informationen auch für Bürgeranfragen nutzen können. Für die Bürgerinnen und Bürger steht das Internetangebot bereit. Diese Beispiele mögen verdeutlichen, daß es uns wichtig ist, für Sie die gewünschten Informationen auf den geeigneten Wegen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt bereitzustellen. Unsere eigenen Überlegungen und die täglichen Gespräche mit den Nutzern unserer Dienstleistungen geben uns neue Anregungen. Wir möchten diese Vorgehensweise jedoch weiter systematisieren.

Im Rahmen des „Neuen Steuerungsmodells“ spielt die Kundenorientierung eine zentrale

Rolle. In letzter Konsequenz stehen alle Aktivitäten zur Kosten- und Leistungsrechnung, Flexibilisierung des Haushalts, Personalentwicklung und Struktur- sowie Organisationsveränderung unter der Zielrichtung, für den Kunden eine Verbesserung unserer Dienstleistungen zu erbringen.

Kundenorientierung erfordert die Einbeziehung der Kunden. Wer, wenn nicht unsere Kunden, kann uns sagen, wo unsere Stärken und Schwächen liegen, was wir für Sie tun sollten, um die Kundenzufriedenheit zu verbessern. In Zusammenarbeit mit der Hessischen Datenzentrale und der Universität Potsdam wird ein Fragebogen erarbeitet. Einige von Ihnen werden wir gezielt in einer Probebefragung ansprechen. Mit ihrer Hilfe soll der Fragebogen auf seine Verständlichkeit und Vollständigkeit getestet werden. Danach wird im Herbst dieses Jahres der gesamte Kundenkreis der Datenverarbeitungszentrale und der Statistik mit dem Fragebogen beschickt. Dabei wollen wir uns sowohl an unsere jetzigen als auch an potentielle Kunden wenden. Schon heute möchte ich Sie um Ihre Beteiligung bitten. Neben Kästchen zum Ankreuzen wird viel Raum für verbale Äußerungen sein. Alle von Ihnen geäußerten Meinungen werden registriert und in die Auswertung eingehen.

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir möchten jedoch auch keine falschen Erwartungen wecken und ehrlich miteinander umgehen. Für einige Ihrer Wünsche werden unsere Kapazitäten eventuell nicht reichen. In diesem Fall sagen wir Ihnen offen, wo die Grenzen liegen und suchen mit Ihnen gemeinsam nach Lösungswegen.

Die notwendigen Aktivitäten zur Umsetzung Ihrer Anregungen halten wir in einem Maßnahmenplan fest. Dieser Maßnahmenplan für das gesamte Amt wird auf Arbeitsebene mit konkret abrechenbaren und zeitlich überschaubaren Teilmaßnahmen untersetzt. Die Realisierung unserer Vorhaben werde ich ständig beobachten. Bei einer späteren Wiederholungsbefragung werden wir sehen, ob unsere Bemühungen zu einer höheren Zufriedenheit bei Ihnen geführt haben.

Nochmals mein Appell an Sie, beteiligen Sie sich bitte an der Kundenbefragung.

Vielen Dank im voraus

Ihr

Arend Steenken
Direktor des Landesamtes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg und Landeswahlleiter
des Landes Brandenburg

Jeder zweite Studierende ist eine Frau

Studieren an brandenburgischen Hochschulen

Elf Hochschulen

Im vereinigten Deutschland war Brandenburg 1990 das Land mit den wenigsten Hochschulen. Vier in Potsdam und Cottbus befindliche Hochschuleinrichtungen ermöglichten ein Studium in nur bestimmten Fachrichtungsgruppen: Pädagogik, Recht und Verwaltung, Film und Fernsehen sowie im Bauwesen. Es gab keine Universitäten, keine Fachhochschulen.

Heute gibt es elf Hochschulen: drei Universitäten, eine Kunsthochschule, fünf Fachhochschulen, zwei Verwaltungsfachhochschulen.

- Universität Potsdam
- Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder)
- Brandenburgische
Technische Universität (BTU)
Cottbus
- Hochschule für Film und
Fernsehen „Konrad Wolf“
Potsdam-Babelsberg
- Fachhochschule
Brandenburg
- Fachhochschule Eberswalde
- Fachhochschule Lausitz
in Senftenberg und Cottbus
- Fachhochschule Potsdam
- Technische Fachhochschule
Wildau
- Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung
Brandenburg in Bernau
- Fachhochschule für Finanzen
Brandenburg in Königs-
Wusterhausen

Infolge der Neustrukturierung der Wissenschaft, Forschung und Lehre bieten die Hochschulen vielen Studierenden aus Deutschland und aus dem Ausland ein Studium in über 100 verschiedenen Studienfächern an, die zu einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluß führen.



Nur wenige Fachrichtungen, wie z.B. die Medizin einschließlich der Zahn- und Tiermedizin oder die Theologie sind nicht im Spektrum der zahlreichen Studienangebote enthalten. Dagegen werden ausgefallene Studiengänge angeboten, wie z.B. Jüdische Studien an der Universität Potsdam, Stadt- und Regionalplanung oder Umweltingenieurwesen und Verfahrenstechnik an der BTU Cottbus. Es werden aber auch Studiengänge gelehrt, die bundesweit nur

an brandenburgischen Hochschulen zu finden sind, wie z.B. Patholinguistik an der Universität Potsdam, Landschaftsnutzung und Naturschutz an der Fachhochschule Eberswalde oder das einzigartige Ausbildungsprofil für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg. Neu ist u.a. ein Studium an der Technischen Fachhochschule Wildau in den Verwaltungsstudiengängen „Verwaltung und Recht“ sowie „Wirtschaft und Recht“. Ab Wintersemester 1996/97

Tab. 1 Studierende und Studienanfänger im Land Brandenburg ab Wintersemester 1992/93 bis 1996/97

Wintersemester	Studierende		darunter Studienanfänger im ersten	
	insgesamt	weiblich	Hochschulsemester	Fachsemester
1992/93	11 912	6 445	2 597	4 150
1993/94	14 884	8 007	4 103	4 646
1994/95	17 202	8 754	3 487	4 695
1995/96	19 486	10 133	4 096	5 578
1996/97	22 230	11 604	4 696	6 328

scher Erfassung und Vergleiche, spiegelt sich der Strukturwandel der Hochschulen wider. Studierten vor vier Jahren noch 83 Prozent aller Studierenden an den Universitäten, so sind es heute mit 67 Prozent zwar anteilig weniger, jedoch, gemessen an der Zahl der Personen über 5000 Menschen mehr.

Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) hat ebenfalls kräftig zugelegt (Zuwachs um



Potsmods ist ein Modellstudiengang, der Gehörlosen das betreute Studium am Fachbereich Sozialwesen ermöglicht.

wie z. B. in Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsbetrieben, Entsorgungs- oder Verwertungsbetrieben. Brandenburg ist das Land, das diese Hochschulausbildung von Verwaltungsfachleuten als erstes in Deutschland extern von Verwaltungsfachhochschulen durchführt. Über die z. Zt. angebotenen Studiengänge der brandenburgischen Hochschulen informiert darüber hinaus ein Hochschulverzeichnis, das im LDS Brandenburg angefordert werden kann.



Die technische Ausstattung der Hochschulen ist auf dem neuesten Stand.



Studierende der Architektur präsentieren ihre Arbeiten.

Über 22 000 Studierende

Im Wintersemester 1996/97 waren 22 230 Studierende an den brandenburgischen Hochschulen als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Seit 1991, dem Jahr der meisten Neugründungen der Hochschulen, nahm der Studentenbestand jährlich zwischen 2000 und 3000 Personen zu und hat den bisherigen Höchststand erreicht.

Beginnend mit dem Wintersemester 1992/93, dem Basissemester statisti-

mehr als 4000); damit ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden von nicht einmal einem Zehntel auf ein Viertel angestiegen. Einen gering zunehmenden Studentenbestand weist dagegen die Kunsthochschule aufgrund von Kapazitätsfestsetzungen auf; der Anteil an den Studierenden insgesamt beträgt hier nur wenig über 2 Prozent.

In den beiden Verwaltungsfachhochschulen ging in den letzten drei Jahren die Zahl derer, die sich für ein Studium im Polizeivollzugs- bzw.

wird hier Verwaltungsnachwuchs ausgebildet, der bisher an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bernau seine Ausbildung erfuhr. Studierende in diesen Studiengängen erwerben das Fachhochschuldiplom und können danach nicht nur im gehobenen nichttechnischen Dienst öffentlicher Verwaltungen, sondern auch in verwaltungsnahen Bereichen eingesetzt werden,



Die Universität Potsdam ist auf mehrere Standorte verteilt. Einige Gebäude befinden sich im Park Sanssouci.

Verwaltungsdienst und Steuerrecht entschieden haben, anteilig von 9,5 Prozent auf 5,5 Prozent zurück.

Jeder zweite Studierende ist eine Frau

Die Zahl der Studentinnen ist im Wintersemester 1996/97 auf 11604 angestiegen. Vor vier Jahren studierten knapp die Hälfte weniger Frauen (6445). Der Anteil an den Studierenden insgesamt beträgt rund 52 Prozent.

An den Universitäten und Verwaltungsfachhochschulen studieren mehr Frauen als Männer; der Anteil weiblicher Studierender liegt beständig über 50 Prozent; an der Universität Potsdam hat er im letzten Wintersemester sogar 62 Prozent erreicht.



Das Hauptportal der Europa-Universität Viadrina.

Zugenommen hat die Einschreibquote von Frauen an den Fachhochschulen; sie beträgt gegenwärtig rund 45 Prozent. Auch an der Hochschule für Film und Fernsehen sind anteilig mehr Studentinnen immatrikuliert worden als vor vier Jahren (1996/97: 40 Prozent; 1992/93: 33 Prozent).

Europa-Universität Viadrina mit höchstem Anteil ausländischer Studierender

Die Nachfrage ausländischer Bürger nach einer Ausbildung an brandenburgischen Hochschulen hat sich in den letzten vier Jahren fast vervielfacht. Die Zahl der ausländischen Studierenden ist im Wintersemester 1996/97 auf 1564 angestiegen, die Hälfte davon sind Frauen. Das entspricht einer Ausländerquote von rund 7 Prozent.

93 Prozent der ausländischen Studierenden sind an den 3 Universitäten immatrikuliert. An der Europa-Universität Viadrina studieren 964 Ausländerinnen und Ausländer. Damit kommen 42 Prozent aller Studierenden dieser Universität aus dem Ausland, 38 Prozent (879) allein aus Polen. Das entspricht dem internationalen Charakter der Europa-Universität, ihrer Verbindungsfunktion

Tab. 2 Studierende im Wintersemester nach Fächergruppen

Fächergruppe	Studierende insgesamt		Anteil in Prozent			
			Land Brandenburg		Deutschland	
	1992/93	1996/97	1992/93	1996/97	1992/93	1996/97 ¹⁾
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 353	4 013	19,8	18,1	19,8	22,5
Sport	753	463	6,3	2,1	1,3	1,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3 513	9 722	29,5	43,7	28,3	30,6
Mathematik, Naturwissenschaften	2 324	2 083	19,5	9,4	16,3	15,1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	133	649	1,1	2,9	2,2	2,0
Ingenieurwissenschaften	2 252	3 959	18,9	7,8	21,3	18,3
Kunst, Kunstwissenschaft	584	1 341	4,9	6,0	4,2	4,2
Sonstige, in Brandenburg nicht vorhandene	—	—	—	—	6,4	5,8
Insgesamt	11 912	22 230	100	100	100	100

¹⁾ vorläufiges Ergebnis

zwischen West- und Osteuropa, die u.a. durch das Collegium Polonicum, einer gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtung mit der Universität Poznan, geprägt ist. Von den ausländischen Studierenden werden Studienfächer der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (771) sowie das Studienfach Kulturwissenschaften (193) belegt.

An der Universität Potsdam, an der im Wintersemester 1996/97 rund 390 ausländische Studierende eingeschrieben waren, zeigt sich in der Wahl der belegten Studiengänge ein ähnliches Studierverhalten. Auch hier belegen Ausländer vorzugsweise Studienplätze der Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (182) und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (113). Darüber hinaus sind 72 ausländische Studierende in einem Studienfach der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften eingeschrieben. Die knapp 100 Ausländerinnen und Ausländer der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus betreiben dagegen schwerpunktmäßig Studien in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (68), darunter im Studienfach Architektur (31).

Anzahl der Studienanfänger nimmt zu

Zunehmende Abiturientenzahlen, die gegenwärtige Situation auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt und der Anspruch auf einen bzw. einen erweiterten berufsqualifizierenden Abschluß sind u.a. Motive für die Aufnahme oder Weiterführung eines Hochschulstudiums. Das lassen die Zahlen der Studienanfänger vermuten, die sich erstmals an einer deutschen Hochschule einschreiben und das 1. Hochschulsemester absolvieren. Im Wintersemester 1996/97 wurden rund 4700 Ersteinschreiber an brandenburgischen Hochschulen gezählt, das sind 2100 Studienanfänger mehr als vor vier Jahren. Begannen damals weniger Frauen (48 Prozent) als Männer ein Hochschulstudium, so waren es im Oktober 1996 bedeutend mehr Frauen (54 Prozent). Stark zugenommen hat eine Studienaufnahme im 1. Hochschulsemester an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen); hier ist die Zahl der Studienanfänger auf das Zweieinhalbfache angestiegen.

Als Studienanfänger gelten auch jene Studierende, die im 1. Fachsemester eines bestimmten Studienganges eingeschrieben sind. Die Zahl dieser Studienanfänger hat in den Wintersemestern der letzten drei Jahre ständig zugenommen. Sie beinhaltet neben den Erstimmatrikulierten, die bei Beginn des Hochschulstudiums keine Fachsemester angerechnet bekommen, eine Vielzahl von Studierenden, die beispielsweise während des Studiums das Studienfach wechseln oder aber bei vorhandenem Hochschulabschluß ein Ergänzungs- oder Erweiterungsstudium neu aufnehmen (s. Tab. 1, S. 7).

Fotografie-Projekt im Fachbereich Design: Studierende diskutieren ihre Arbeiten mit ihrer Professorin



Mehr als zwei Drittel der Studierenden kommen aus den neuen Ländern

Die Entscheidung für eine Hochschule und den Hochschulort wird bei der Studienwahl nicht nur von den Studienangeboten, den Studienbedingungen, den Zulassungen und späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt bestimmt, sondern beispielsweise auch von der Nähe zum Heimatort und den Lebensbedingungen am Ort der Hochschule.

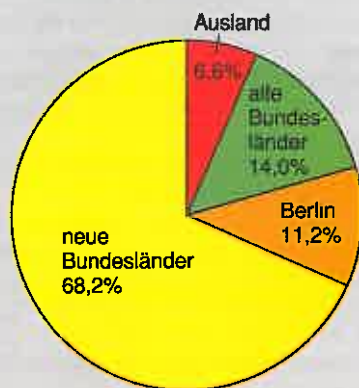
Betrachtet man die Herkunft der Studierenden nach dem Ort, in dem die Hochschulzugangsberechtigung (Hochschulreife) erworben wurde, so läßt sich feststellen, daß heute mehr als zwei Drittel aller Studenten aus

Tab. 3 Lehramtsstudierende im Wintersemester nach Fächergruppen

Fächergruppe des 1. Studienfachs	Lehramtsstudierende				
	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 047	2 027	1 923	2 055	2 176
dar. im Aufbaustudium	1 473	1 518	1 460	1 585	1 694
Sport	714	498	394	285	208
dar. im Aufbaustudium	358	215	158	133	76
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	304	313	638	797	615
dar. im Aufbaustudium	129	199	544	744	564
Mathematik, Naturwissenschaften	1 949	1 364	1 069	629	493
dar. im Aufbaustudium	1 186	752	623	349	288
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	54	—	—	—	—
dar. im Aufbaustudium	54	—	—	—	—
Ingenieurwissenschaften	167	198	174	146	135
dar. im Aufbaustudium	116	155	140	125	114
Kunst, Kunstwissenschaft	166	189	233	386	495
dar. im Aufbaustudium	11	23	71	231	306
Insgesamt	5 401	4 589	4 431	4 298	4 122
dar. im Aufbaustudium	3 327	2 862	2 996	3 167	3 042

Herkunft der Studierenden nach dem Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Wintersemester 1996/1997



Brandenburg und den neuen Bundesländern kommen; vor vier Jahren waren es noch rund 88 Prozent. Dafür ist die Zahl von Studierenden mit Herkunft aus den alten Bundesländern von rund 400 im Wintersemester 1992/93 auf 3100 im Wintersemester 1996/97 angestiegen. Die Nähe Berlins zu den meisten brandenburgischen Hochschulen wirkt sich ebenfalls auf die Zunahme von Studierenden im Land Brandenburg aus; die Zahl der aus der Hauptstadt Kommenden ist in den letzten vier Jahren auf das Dreifache angestiegen.

Darüber hinaus legte fast jeder 15. Studierende seine Hochschulreife im Ausland ab; im Wintersemester 1992/93 war es nur jeder 40.

„Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ die besetzungstärkste Fächergruppe

Seit 1992 sind die meisten Studierenden in einem Studienfach der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben. Im Wintersemester 1996/97 waren es rund 9700, fast dreimal so viele wie 1992/93. Der Anteil dieser Fächergruppe ist mit knapp 44 Prozent gegenüber 1992 stark angestiegen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch.

Bei der Belegung der Studienplätze in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Inge-

nieurwissenschaften sind nur geringfügige Veränderungen zu beobachten. Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden hat das Interesse für Studiengänge in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften stark abgenommen. Dagegen sind die Einschreibquoten in den Fächergruppen Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie Kunst/Kunstwissenschaft angestiegen (vgl. Tab. 2, S. 8).

Lehramtsstudium über- wiegend im Ergänzungs- bzw. Erweiterungsstudium

Lehramtsstudiengänge sind in Brandenburg nur an der Universität Potsdam möglich.

Das Studium eines Lehramtes schließt mit der ersten Staatsprüfung ab, als Nachweis der Fähigkeiten, die in dem betreffenden Lehramt für die Ausübung des Lehrerberufs erforderlich sind. Zur Befähigung für ein Lehramt gehören danach ein Vorbereitungsdienst (schulpraktischer Teil der Ausbildung) und die 2. Staatsprüfung, die jedoch nicht Bestandteil des Universitätsstudiums sind.

- Stufenübergreifendes Lehramt für die Sekundarstufe II/Sekundarstufe I

- Lehramt für Sonderpädagogik

Studierende, die die erste Staatsprüfung eines dieser Lehramter anstreben, befinden sich i.d.R. in einem Erststudium, vereinzelt auch in einem Zweitstudium. Ihre Zahl hat sich im Wintersemester 1996/97 gegenüber 1992/93 um fast die Hälfte verringert und umfaßt rund 1000.

Darüber hinaus befinden sich seit 1992 jährlich rund 3000 Lehrerinnen und Lehrer in einem Lehramtsstudiengang, die im Rahmen des Sonderprogramms „Weiterqualifizierung brandenburgischer Lehrer und Lehrerinnen“ als Studierende der Universität Potsdam eingeschrieben sind. Sie erwerben in einem Ergänzungs- bzw. Erweiterungsstudium (Aufbaustudium) ihre Befähigung zu einem oder einem weiteren Lehramt.

Die Hälfte der im Wintersemester 1996/97 rund 4100 Lehramtsstudierenden (einschließlich Aufbaustudium) ist im 1. Studienfach in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften eingeschrieben. Diese Größenordnung ist ab 1992/93 etwa konstant geblieben.



Einblick in die Hochschulbibliothek.

Lehrämter können entsprechend der Lehramtsprüfungsordnung für das Land Brandenburg wie folgt angestrebt werden:

- Lehramt für die Primarstufe
- Lehramt für die Sekundarstufe I
- Stufenübergreifendes Lehramt für die Sekundarstufe I/Primarstufe
- Lehramt für die Sekundarstufe II

Zugenommen hat seit dem die Zahl derer, die ein Lehramt in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Kunst, Kunstwissenschaft anstreben. Rückläufig dagegen sind die Zahlen der Studierenden im Lehramtsstudium in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Sport (s. Tab. 3, S. 9).

Regina Rothe

Haushalts- Kassen- Rechnungswesen

Modernisierung der öffentlichen Verwaltung

Der verstärkte Einsatz von Informationstechnologie ist eine wichtige Voraussetzung zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und eröffnet die Möglichkeit, Verwaltungsaufgaben effizienter zu gestalten. Mit dem Aufbau der Landeskassen wurde deshalb vom Ministerium der Finanzen (MdF) nach Möglichkeiten der Automatisierung des Kassengeschäftes, d.h. nach einem geeigneten DV-Verfahren für das Haushalts-Kassen-Rechnungswesen (HKR) gesucht. Da der Bedarf der Kommunikation zwischen den mittelbewirtschaftenden Stellen in der Landesverwaltung und der Landeskasse sehr vielgestaltig ist, war es folgerichtig, daß das Verfahren neben den Kassenaufgaben auch die Bewirtschaftung des Haushaltes in den Landesdienststellen unterstützt, ohne daß Daten doppelt erfaßt werden müssen. Ziel dieser Automation ist es, aktuelle Informationen über Haushaltsansätze und deren Inanspruchnahme zur Verfügung zu stellen und zeitnah die Ergebnisse über Zahlungen und Buchungen der Kassen und Informationen über den Kassenstand zu erhalten. Somit werden Voraussetzungen für den präzisen Umgang mit der Liquidität des Landes geschaffen.

Im Herbst 1992 wurde durch das MdF entschieden, Komponenten des Programmsystems Profiskal der Fa. Dogro-Partner GmbH einzusetzen und eine Generallizenz für die gesamte Landesverwaltung zu erwerben.

Profiskal ist eine Standardsoftwarelösung, die speziell für öffentliche Auftraggeber entwickelt wurde und wesentliche Prozesse des Haushaltskreislaufes abbildet. Es ist ein modular aufgebautes Dialogverfahren. Die Datenhaltung erfolgt mit dem Datenbanksystem Informix unter dem Betriebssystem UNIX.

In Brandenburg werden folgende

Profiskal-Module im Bereich der Kameralistik eingesetzt:

● Haushaltsmittelbewirtschaftung (DHB-X)

Dieses Modul realisiert den Haushaltsvollzug:

- Verwaltung haushaltsrelevanter Stammdaten
- Mittelzuweisung und -verteilung
- Mittelfestlegungen
- Sollstellungen
- alle Arten von Kassenanordnungen
- Zusatzkontierungen
- Durchführung von Abschlußrechnungen
- diverse Auswertungsmöglichkeiten

● Kassenwesen (DKW-X)

Modul zur Abwicklung der Kassenaufgaben mit den Hauptaufgaben Buchführung und Zahlbarmachung in der Landeshauptkasse.

● Mahnwesen (DMV-X)

Realisiert den Bereich Mahnung und Vollstreckung in der Landeshauptkasse.

● Anwendungssteuerung (DAS-X)

Basismodul, verwaltet zentrale Informationen:

- Verwaltung der System- und Generierungsparameter
- Zentrale Stammdatenverwaltung
- Nutzer- und Zugriffsrechteverwaltung
- Steuerung der Batch-Input-Prozesse
- Übergabefunktionen an Kasse und Rückmeldungen

Für die Mittelbewirtschaftung in den Dienststellen sind die beiden Module DAS-X und DHB-X notwendig. Die Module DKW-X und DMV-X lau-

fen in der Landeshauptkasse und ihren beiden Außenstellen in Cottbus und Frankfurt (Oder). Ist in einer Dienststelle zusätzlich eine Zahlstelle eingerichtet, ist dort auch der Teil DKW-X notwendig.

Nach der Einführung des Verfahrens in der Landeshauptkasse Potsdam und ihren beiden Außenstellen in Cottbus und Frankfurt (Oder) wird Profiskal seit 1993 schrittweise landesweit für die Mittelbewirtschaftung in den Landesdienststellen eingeführt.

Im Sommer 1994 wurde nach Abstimmung zwischen MdF und MI das LDS BB beauftragt, die landesweite Einführung zu unterstützen.

Die Zuständigkeiten wurden zwischen dem LDS BB und dem MdF abgestimmt. Dem MdF als Betreiber des Verfahrens obliegt die Fachaufsicht und damit folgende Funktionen:

- Gesamtkonzeption
- gesamte fachliche Verfahrenskoordination
- fachliche Weiterentwicklung des Verfahrens
- Durchführung von Test- und Abnahmeverfahren
- Pflege landesweiter Stammdaten
- Benutzerbetreuung bei fachlichen Problemen, Fehlerklärung

Dem LDS BB wurden folgende Aufgaben übertragen:

- Unterstützung bei Erstinstallationen und bei Versionswechseln
- Benutzerbetreuung (Hotline)
- Beratung im Systembereich (technische Ausstattung, Betriebssysteme, Datenbanken)
- Anbindung der HKR-Nutzer an das LVN
- Datenkommunikation der HKR-Rechner
- Schulungen
- Zentrale Profiskal-Installation als Dienstleistungsangebot des LDS BB

Stand der HKR-Einführung in der Landesverwaltung

Aufgrund der unterschiedlichen personellen und technischen Voraussetzungen wurde die Einführung des HKR-Verfahrens in den einzelnen Ressorts unterschiedlich konzipiert, sowohl für die Bewirtschaftung im HKR-Verfahren als auch für die DV-technische Konzeption. Gleichzeitig nutzten viele Behörden die Möglichkeit, die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel in den Dienststellen zu dezentralisieren.

Die DV-technische Organisation des Verfahrens wurde durch die Ressorts entsprechend den jeweiligen Bedingungen geplant. So gibt es Ressorts, in denen das Verfahren weitgehend dezentral aufgebaut ist. Das bedeutet, daß jede Dienststelle einen eigenen Profiskal-Server betreibt, an den über das lokale Netz PC's bzw. Terminals angeschlossen sind.

Die andere Variante ist, daß die Daten auf einem zentralen Server geführt werden. Die Anbindung der nachgeordneten Dienststellen erfolgt mittels einer Terminalemulation über das Landesverwaltungsnetz. Der Vorteil hier ist, daß die System- und Anwendungsbetreuung zentral durchgeführt werden kann. Natürlich kommen auch beide Varianten gemischt vor.

Zur Zeit gibt es im Land 35 aktive Installationen für die Mittelbewirtschaftung mit 54 mitwirkenden Dienststellen. Insbesondere arbeiten Dienststellen mit besonders großem Belegaufkommen im HKR-Verfahren. Deshalb können in der Landeshauptkasse und den beiden Außenstellen bereits jetzt sämtliche Einnahmen und ein großer Teil der Ausgaben über Profiskal bearbeitet werden.

In der Landeshauptkasse Außenstelle Cottbus werden die Kassenaufgaben bereits zu 100 Prozent in Profiskal erledigt. Entsprechend dem jetzigen Planungsstand werden noch ca. 35 dezentrale Profiskal-Installationen dazukommen. Vom MdF ist vorgesehen, daß bis Ende 1998 alle Dienststellen des Landes Brandenburg über das HKR-Verfahren ihre Mittel bewirtschaften.

Diese hohe Anzahl der Mitwirkenden und der noch bevorstehenden Neuaninstallationen zeigt die Bedeutung einer zentralen Betreuung des Verfahrens.

Kommentar

Die Automation ist aus Abrechnungsprozessen nicht mehr wegzudenken. Sie soll die Arbeit sicher, richtig und zügig gestalten.

Perspektivisch ist die Automation geeignet, finanzielle Mittel zu sparen. Das ist immer dann der Fall, wenn der Verwaltungsaufwand für die Aufgabe mittels Automation minimiert wird und gleichzeitig Informationen zeitnah verfügbar sind.

In der Einführungsphase von automatisierten Verfahren haben jedoch alle beteiligten Stellen mehr Arbeit und es werden finanzielle Mittel für Software, Hardware, Netz, Schulung usw. benötigt. Außerdem muß mit der Realisierung eines Automationsvorhabens die gesamte Organisation der eingebundenen Bereiche überdacht und in den meisten Fällen angepaßt werden.

In dieser Phase haben es Automationsgegner leicht, sich gegen eine moderne Verwaltung zu entscheiden.

Das Ministerium der Finanzen ist bereits seit dem Jahre 1992 aktiv um ein einheitliches Bewirtschaftungs- und Kassenverfahren bemüht. Bereits in dieser Aufbauphase der Verwaltungen hatte das Land die Zielstellung, alle Phasen des Haushaltskreislaufes in einem integrierten Verfahren abzubilden. Kernstück des Verfahrens sollte die Haushaltsdurchführung mit ihren vielfältigen Kommunikationspunkten zwischen den bewirtschaftenden Stellen und den Kassen sein. In einem Auswahlverfahren hat sich das Ministerium der Finanzen für Profiskal entschieden. Derzeit haben weitere fünf Bundesländer die gleiche Software erworben.

Ein großes Ziel und ein schwerer Anfang. Mit dem Erwerb der Software ging die Einrichtung einer zentralen Arbeitsgruppe, die sich aus Bewirtschaftern und Administratoren unterschiedlicher Bereiche, den ADV-Sachbearbeitern der Kassen und der zentralen Entwicklungs- und Systembetreuungsgruppe im MdF und einem Vertreter des Softwarehauses zusammensetzt, einher. Seit 1994 ist auch das LDS BB mit abgestimmten Aufgaben betraut und wirkt ebenfalls mit viel Engagement und gutem fachspezifischem Wissen in der Arbeitsgruppe mit.

Dabei hat sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt, ohne die eine systematische Weiterentwicklung nicht denkbar gewesen wäre.

Die allgemeinen Vorgaben des interministeriellen Arbeitsausschusses für Informationstechnik sind:

- Integriertes automatisiertes Verfahren
- Basisrechner sind UNIX-Rechner

- Datenbanksystem INFORMIX
- Die Software sollte dezentral einsetzbar und netzfähig sein.

Das Verfahren ist geeignet, die elektronische Kassenanordnung zu verwirklichen. Allerdings sollen zunächst einmal alle Dienststellen an das Verfahren herangeführt werden. Außerdem soll dann eine Konsolidierungsphase eingeräumt werden. Bis dahin werden die technischen Möglichkeiten einer elektronischen Unterschrift sicherlich für den landesweiten Einsatz bezahlbar sein. Unsere Planung ist, ab diesem Zeitpunkt möglichst mit wenig Papier auszukommen, der Umwelt zuliebe und um zu sparen (Papierverbrauch, Raum für Aufbewahrung).

Bereits jetzt sind Vorteile bei Anwendung des Verfahrens sichtbar.

- Die allgemeine Fehlerquote wird gesenkt.
- Die noch verfügbaren Mittel sind permanent sichtbar (Haushaltsüberwachung).
- Von der Kasse erfolgt die Istrückmeldung bezogen auf den Einzelfall an die bewirtschaftende Stelle.
- Der gesamte Zahlungsverkehr erfolgt im wesentlichen automationsgestützt und damit bei präziser Beachtung der Falligkeiten.
- Das automationsgestützte Mahnverfahren und die Erstellung des Vollstreckungsersuchens.
- Der im Verfahren erstellte Kassenabschluß.
- Buchführungsergebnisse werden ständig aktualisiert und der Haushaltsabteilung im MdF und der Bauabteilung im MdF als Datei bereits zur Verfügung gestellt.
- Derzeit wird Zug um Zug der gesicherte Datentransfer verwirklicht.
- Noch in diesem Jahr sollen alle obersten Landesbehörden täglich aktualisierte Buchführungsergebnisse über jede Buchungsstelle im Einzelplan als Datei zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Landeshauptkasse hat im Vergleich der Länder eine sehr knappe Personalausstattung. Sie kann bezogen auf den Beginn des Automationsvorhabens bis Ende 2001 um weitere ca. 17 bis 20 v.H. gesenkt werden.

Anzumerken wäre noch, daß bereits ein stiller Rationalisierungseffekt bei der Kasse zu verzeichnen ist, denn ein seit 1993 um ca. 30 Prozent gestiegenes Belegaufkommen wurde nicht durch weitere Stellen ausgeglichen, sondern durch Rationalisierungseffekte kompensiert.

Hella Hesse
Ministerium der Finanzen

Betreuung der dezentralen Dienststellen durch das LDS BB

Folgende sehr vielfältige Leistungen werden im Zusammenhang mit der Unterstützung des HKR-Verfahrens erbracht:

- Beratung bei der Planung der Einführung von Profiskal aus DV-technischer Sicht
- Erarbeitung von Konzepten, Strategien und Richtlinien für den Einsatz von IT-Anwendungen
- Durchführung von Erstinstallationen
- Dokumentation der HKR-Einführung und Konfigurationsdaten
- Vorbereitung und Durchführung von Updates (ca. zwei pro Jahr)
- Beratung und Unterstützung der UNIX- und Datenbank-Administratoren in den Dienststellen
- Fehlerklärung, Fehlerbehebung (DV-technisch)
- Unterstützung bei der Erarbeitung von Schnittstellen zu ausgewählten Vorverfahren
- spezielle Auswertungen der Datenbanken
- Test neuer Versionen des Programmsystems aus DV-Sicht, insbesondere bei der Einführung neuer Technologien (z.B. der angekündigten Client-Server-Lösung)
- Druck der Handbücher

Die Intensität der Betreuung einzelner Dienststellen ist sehr unterschiedlich. Auch wenn die Administration vor Ort zur Zeit vom LDS BB nicht geleistet werden kann, stehen aber Mitarbeiter bei Fragen und Problemen zur Verfügung.

Datenkommunikation

Für den Datenaustausch zwischen den mittelbewirtschaftenden Stellen und den zuständigen Kassen werden durch das Verfahren Schnittstellen zur Verfügung gestellt. Um eine zeitnahe Bearbeitung der Daten zu gewährleisten, ist die Einführung eines automatisierten Dateitransfers unter Nutzung des LVN notwendig. Für die Datenkommunikation wird das auf UNIX-Rechnern zur Verfügung stehende 'sendmail' als Mail-System eingesetzt. Der Austausch der Transferdateien erfolgt als Nachricht, die auf der Empfängerseite durch entsprechende Skripte für die Weiterverwendung in Profiskal bearbeitet werden. Mit 'sendmail' wird si-

chergestellt, daß es keine unberechtigten Zugriffe auf die Kassenrechner bzw. die Rechner der mittelbewirtschaftenden Stellen von außen gibt. Die Möglichkeit einer Verschlüsselung der Transferdaten ist in Vorbereitung.

Zentralanlage für das HKR-Verfahren im LDS BB

Mit der Installation der Zentralanlage für das HKR-Verfahren im LDS BB Ende 1996 wird den Dienststellen im Land das Dienstleistungsangebot zur Verfügung gestellt, das HKR-Verfahren Profiskal im Rechenzentrum des LDS BB abzuarbeiten. Damit verringert sich die Anzahl der dezentralen Installationen und somit der notwendige Administrationsaufwand. Gleichzeitig wird Dienststellen ohne die entsprechende technische Basis und ohne das sonst notwendige Betreuungspersonal die Möglichkeit gegeben, im HKR-Verfahren mitzuwirken. Das MdF wird damit unterstützt, die landesweite Einführung von Profiskal 1998 abzuschließen. Zur Zeit arbeiten das Innenministerium, das Landesarbeitsgericht und das LDS BB selbst auf der Zentralanlage. Mehrere Dienststellen haben die Nutzung beantragt. Die Möglichkeit des Anschlusses an die Zentralanlage im LDS BB steht auch weiteren Dienststellen nach Prüfung der Voraussetzungen offen. Entsprechende Antragsformulare sind über den Benutzerservice unseres Amtes zu beziehen.

Schulungen

Das Schulungszentrum des LDS BB in Teltow führt bereits seit Anfang 1993 Schulungen zum HKR-Verfahren durch. Es werden folgende Lehrgänge angeboten:

- Profiskal-Mittelbewirtschaftung
- Profiskal-Mittelverteilung
- Profiskal-Anwendersteuerung

Bisher wurden ca. 100 HKR-Lehrgänge mit 900 Teilnehmern durchgeführt.

Neben den im IT-Fortbildungsprogramm geplanten HKR-Lehrgängen werden bei Bedarf auch zusätzliche Lehrgänge entsprechend dem Bedarf und den Besonderheiten einzelner Dienststellen durchgeführt.

Im Schulungszentrum Teltow werden auch spezielle UNIX- und Informix-Lehrgänge für die Ausbildung der System- und Datenbankadministratoren angeboten.

Schnittstellen zu Vorverfahren

In Einzelfällen ist es erforderlich, Daten aus Vorverfahren nach Profiskal zu übernehmen. Dazu ist im Verfahren eine Input-Schnittstelle integriert. Auf diese einheitliche Schnittstelle setzen in Profiskal mehrere Prozesse auf, die sonst nur im online-Betrieb mögliche Buchungen ausführen. Das LDS BB kann bei Bedarf in Abstimmung mit dem MdF Unterstützung bei der Erstellung von Schnittstellen gewähren.

Sicherheit

Die Sicherheit im Verfahren wird durch entsprechende Zugriffsberechtigungen geregelt. So kann im einzelnen für jeden Nutzer festgelegt werden:

- Zugriff auf Module
- Zugriff auf Buchungsstellen
- Vergabe von Lese-, Änderungs-, Schreib- oder Löschrecht pro Maske
- Festlegung betraglicher Grenzen für Anordnungen

Jede Anordnung wird nach dem 4-Augen-Prinzip durchgeführt, d.h. die Person, welche die Anordnung erfaßt, darf nicht prüfen.

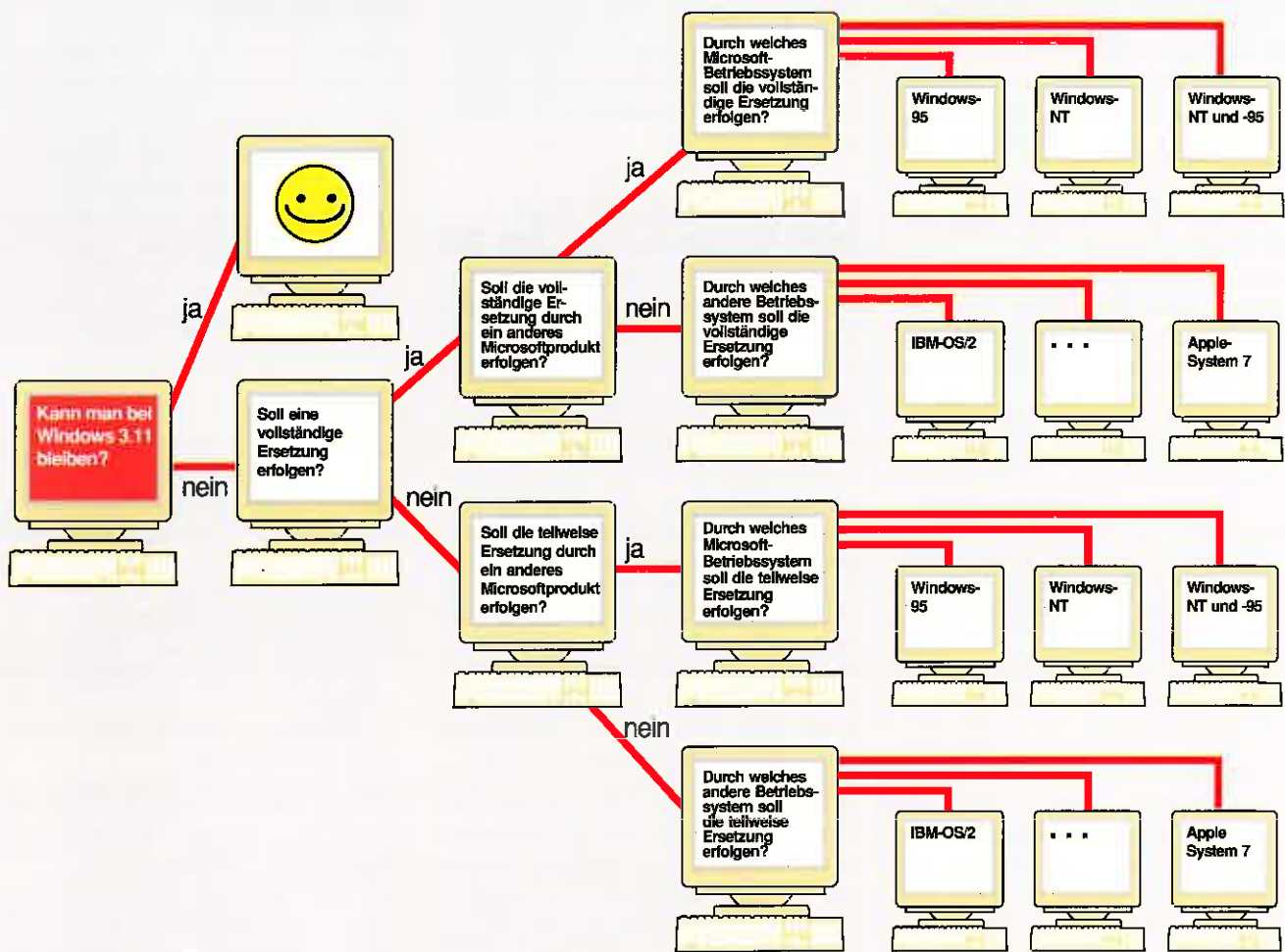
Da die elektronische Unterschrift noch nicht eingeführt wurde, muß jede Anordnung noch sowohl elektronisch als auch in Papierform zur Kasse geliefert werden.

Natürlich müssen auch für das Betriebs- und das Datenbanksystem entsprechende Sicherheitsmaßnahmen durch die zuständigen Administratoren in den Dienststellen getroffen werden. Zur Unterstützung für die Administratoren wurde vom Landesamt ein Handbuch „Hinweise zur Gewährleistung der Sicherheit beim Einsatz der Software Profiskal auf UNIX-Rechnern“ erarbeitet und den Dienststellen übergeben.

Ansprechpartner im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg sind unter folgenden Telefonnummern zu erreichen:

- Dezernat 122
Dezentrale Verfahren
Frau Recknagel
Tel. 03 31/395 03
- Dezernat 143
IT- Aus- und Fortbildung
Tel. 033 28/4756-10
- Dezernat 142
Benutzerservicezentrum
Tel. 03 31/395 60

Regina Recknagel



Strategische Entwicklung der PC-Betriebssysteme im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB)

Windows 95 oder Windows NT

Problemstellung

Wie für viele andere Anwender besteht für das LDS BB das Problem auf die Entwicklungen des Betriebssystemmarkts reagieren zu müssen. Eine Weiterentwicklung vom 16-Bit-Windows 3.11 zu einem modernen 32-Bit-Betriebssystem ist unumgänglich.

Rahmenbedingungen

Bei der Entscheidungsfindung für ein anderes Betriebssystem waren folgende Rahmenbedingungen zu be-

rücksichtigen. Diese Bedingungen schränken die Entscheidungsfreiheit mehr oder weniger stark ein.

1. Das LDS BB verfügt bereits über eine Hard- und Softwareausstattung, die weiterhin genutzt werden muß und soll.
2. Es besteht akuter Entscheidungsbedarf, da einzelne Nutzer aufgrund spezieller Anwendungen auf die Migration zu einem anderen Betriebssystem angewiesen sind.
3. Es findet eine Überarbeitung der IT-Empfehlungen des Landes Bran-

denburg statt, nach der nun auch eine Verwendung von Windows 95 zulässig ist.

4. Die aktuellen und langfristigen Entwicklungen auf dem IT-Sektor können nicht ignoriert werden, d.h. insbesondere, daß der Vertrieb und Support von Windows 3.11 und entsprechenden Anwendungen mittelfristig eingestellt werden wird. Zudem werden neue Anwendungen überwiegend nur noch für die nachfolgenden Betriebssysteme entwickelt.
5. Andererseits gibt es Anwendungen, die nur für Windows 3.11 ent-

wickelt wurden und unter anderen Betriebssystemen nicht oder nur eingeschränkt einsetzbar sind.

6. Der finanzielle Rahmen wird für das LDS BB immer enger.

Mögliche Varianten

Für die Lösung der Themenstellung ergeben sich abzählbar viele Varianten. Anhand weniger Kernfragen läßt sich ein Entscheidungsbaum bilden, aus dem sich die Varianten durch Verfolgung der einzelnen Pfade ableiten lassen.

Die Kernfragen lauten:

- Ist eine Migration zu einem anderen Betriebssystem überhaupt notwendig, oder ist es nicht möglich, weiterhin ausschließlich Windows 3.11 einzusetzen?
- Soll ggf. die Ersetzung von Windows 3.11 generell und vollständig durchgeführt werden?
- Soll eine Ersetzung durch ein anderes Microsoft-Produkt stattfinden, oder kommen auch Betriebssysteme anderer Hersteller in Frage?
- Durch welches konkrete Produkt soll eine Ersetzung erfolgen?

Vergleich der Varianten

Der Teilbaum, der diejenige Variante repräsentiert, die ein Verbleiben bei Windows 3.11 bedeuten würde, ist nur kurz, da hierbei keine weiteren Entscheidungen getroffen werden müßten. Aus den Rahmenbedingungen 2 und 3 folgt jedoch, daß dieser Weg nicht gangbar ist: Aktuelle Programmversionen laufen oft nur auf 32-Bit-fähigen Betriebssystemen und schon jetzt gibt es im Landesamt von einzelnen Anwendern die Anforderung, ein solches System zu nutzen.

Es stellt sich nun die Frage, ob es möglich und sinnvoll ist, innerhalb eines kurzen Zeitraums komplett auf ein neues Betriebssystem umzusteigen. Gegen diese Vorgehensweise sprechen die Rahmenbedingungen 5 und 6: Viele Applikationen laufen vorläufig nur unter Windows 3.11, zudem würde ein vollständiger Umstieg immense Summen kosten. Bei der Frage, welches Betriebssystem zukünftig angeschafft werden soll, ist zunächst die Unterscheidung zwischen einem Microsoft Produkt und den Betriebssystemen anderer Hersteller möglich. Die Antwort auf diese Frage geben die Rahmenbedingungen 1, 3 und 6: Es muß weiter-

hin ein Produkt von Microsoft verwendet werden, da vorhandene Programme weiterhin genutzt werden sollen und daher eine größtmögliche Aufwärtskompatibilität erzielt werden muß. Bei einem Umstieg zu einem anderen Hersteller ist es fraglich, ob die im LDS BB verwendeten Programme auch unter dessen Betriebssystem laufen. Zudem werden in den IT-Empfehlungen des Landes Brandenburg Microsoft Betriebssysteme explizit favorisiert. Schließlich spielen bei dieser Frage auch die Kosten eine Rolle, da ein Einsatz eines Betriebssystems eines anderen Herstellers ein erheblicher Aufwand für Neubeschaffungen von Software (und ggf. auch Hardware) und auch für Benutzerschulungen bedeuten würde.

Nun ist noch die Frage zu klären, für welches der beiden 32-Bit Betriebssysteme von Microsoft (Windows 95, Windows NT) man sich entscheiden soll, bzw. ob man beide einsetzt. Für die Beantwortung dieser Frage soll der nächste Abschnitt eine Hilfestellung geben.

Beurteilung der zur Auswahl stehenden Betriebssysteme

Microsoft bietet z.Z. zwei Nachfolgeprodukte für Windows 3.11 an: Windows 95 und Windows NT. Einen ausführlichen Vergleich der Systeme kann man in diversen Artikeln der entsprechenden Fachzeitschriften finden. Hier sei lediglich eine Auswahl von Aspekten erwähnt. Windows NT ist ein System mit hoher Stabilität für den professionellen Einsatz in Netzwerken, Windows 95 hingegen stellt eine Zwischenlösung für den Heim-Bereich dar, die zwar geringere Hauptspeicherressourcen (16 MB statt 32 MB für Windows NT) benötigt, dafür aber z.T. noch auf veralteten DOS-Techniken basiert, wie z.B. dem FAT-Dateisystem, Windows NT arbeitet wahlweise mit FAT oder dem modernen NTFS, das eine eingebaute Datenkompression und eine erhöhte Datensicherheit durch 'recovery'-Mechanismen bietet. Zudem funktioniert das präemptive Multitasking von Windows 95 nur bei 32-Bit Applikationen. In Windows NT hingegen wird jede Applikation in einem gesonderten Adressraum abgearbeitet, was eine hohe Stabilität des Gesamtsystems zur Folge hat. Windows NT schließlich ist auch für an-

dere als Intel-basierende Hardware verfügbar. Das fehlende 'Power-Management' und die 'Plug and Play'-Funktion sollen laut Microsoft in der Version 5 von Windows NT verwirklicht werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Windows NT das technisch ausgereifere Produkt ist. Für Windows 95 sprechen lediglich die geringeren Anschaffungskosten. Ob die Gesamtkosten (Anschaffungskosten plus Betriebskosten — Stichwort „total cost of ownership“) letztlich nicht doch höher sind, läßt sich nur schwer quantifizieren. Als Kritikpunkt für beide Systeme sind die mehr oder weniger großen Probleme bei der Verwendung vorhandener 16-Bit Applikationen zu nennen, wobei sich dieses Problem mit der Zeit mindern wird, da die Hersteller ihre Applikationen zunehmend für 32-Bit-Betriebssysteme entwickeln.

Abschließend sei vermerkt, daß Microsoft die Verschmelzung der beiden Produktlinien Windows 95 und Windows NT plant, so daß man die Hoffnung hegen kann, zukünftig wieder alle APCs mit einem einzigen Betriebssystem betreiben zu können. Ein konkreter Zeitpunkt hierfür ist jedoch noch nicht abzusehen.

Fazit

Aus den oben ausgeführten Überlegungen wird deutlich, daß für das gestellte Problem keine optimale Lösung existiert. Das LDS BB hat sich entschieden, bei Neuanschaffungen von APCs Windows NT einzusetzen. Man erwartet, daß sich die hiermit entstehenden Mehrkosten gegenüber einer Windows 95 Lösung mittel- bis langfristig, aufgrund der höheren Stabilität des Systems und den somit als geringer zu erwartenden Ausfallzeiten und Wartungskosten, amortisieren. Zudem sind auch die zunächst höheren Hardware-Kosten bereits eine Investition in die Zukunft, denn man kann davon ausgehen, daß die nachfolgenden Betriebssysteme aus dem Haus Microsoft mindestens die Ressourcenanforderungen von Windows NT haben werden.

Letztlich ist eine Entscheidung für die eine oder andere Lösung immer von der konkreten IT-Infrastruktur einer Einrichtung abhängig. Auch die Untersuchungen im LDS BB zu diesem Thema haben gezeigt, daß es keine allgemeingültige Lösung gibt.

Dr. Michael Henke

Umstrukturierung, Förderung,
Absatz- und Bedarfsorientierung,
Preisgestaltung:

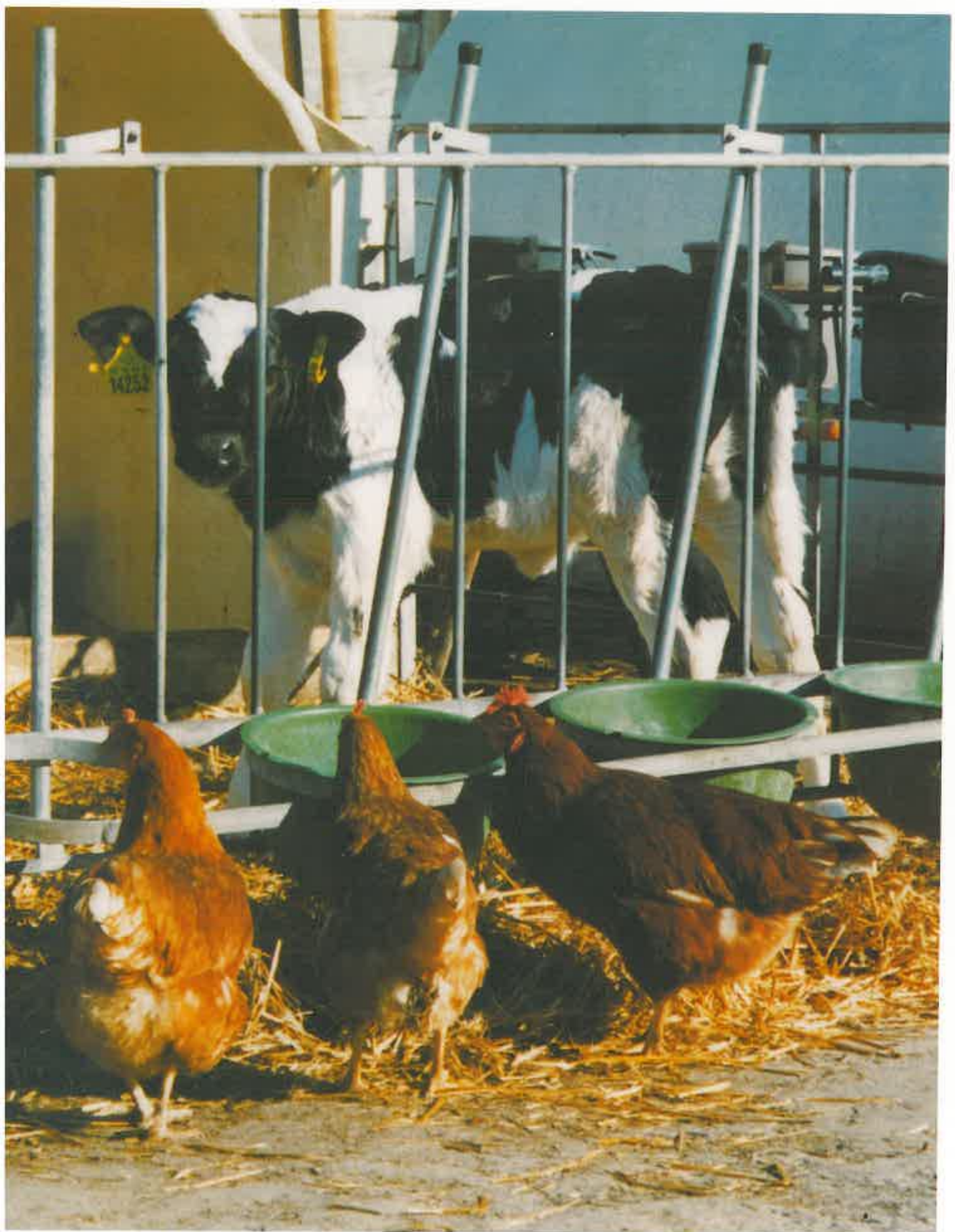


Ist die Produktion tierischer Erzeugnisse im Land Brandenburg ausreichend?

Die Entwicklung der tierischen Produktion wurde in den vergangenen Jahren durch die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe, Fördermaßnahmen, Preisgestaltung, Absatzmöglichkeiten und Bedarfsanforderungen in unterschiedlichem Maße beeinflusst. Die Haltung von Tieren dient hauptsächlich der Ernährung der Menschen. Die Tierhaltung war dabei mit Beginn der 90er Jahre durch einen drastischen Abbau der Tierbestände bei allen Tierarten gekennzeichnet. Damit verbunden war eine zunehmende Spezialisierung der Betriebe nach einzelnen Produktionsrichtungen und verstärkte Konzentration der Tierhaltung auf weniger Betriebe.

Überdurchschnittlich hoch war die Zahl der je Betrieb gehaltenen Tiere. 1996 wurden zum Beispiel durchschnittlich 118 Rinder, 228 Schweine und 70 Schafe je Tierhaltung ermittelt. Die großen Produktionseinheiten ermöglichen eine kontinuierliche Bereitstellung gleichmäßiger Erzeugnisse für die weitere Ver- und Bearbeitung. Der Rückgang der Viehhaltung war verbunden mit einem starken Abbau von Arbeitsplätzen. Die Leistungen des Einzeltieres wurden durch vielfältige Maßnahmen in der Haltung, Pflege und Fütterung wesentlich verbessert. Nachfolgend werden einige ausgewählte Schwerpunkte für die Erzeugung von Tierprodukten für Branden-





burg dargestellt und erläutert. Statistisch nachweisbare Fakten über wichtige Größen des Umfangs und der Struktur der Fleisch-, Milch- und Eierzeugung erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Daten sollen die Verknüpfung verschiedener Merkmale aus mehreren statistischen Erhebungen erkennen lassen und deren Bedeutung für die Agrarstatistik und angrenzende Statistiken unterstreichen.

Entwicklung der Fleischerzeugung

Die Gesamtschlachtmenge brandenburgischer Schlachthöfe betrug im Jahr 1996 einschließlich Geflügel rund 169 000 Tonnen Fleisch. Das waren 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Bezogen auf den Bevölkerungsstand von Mitte 1996 entsprach die Erzeugung fast 67 Kilogramm Fleisch je Einwohner. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Verbrauchs im Bundesgebiet wurde der Fleischverbrauch in Brandenburg zu drei Vierteln durch heimische Schlachtungen gesichert. Während die Geflügelfleischerzeugung, wenn auch nicht sortimentsgerecht, etwa dem Verbrauch entspricht, muß etwa ein Fünftel des Schweinefleisches aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland zugeführt werden. Nach Feststellungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg entfallen 98 Prozent der Fleischerzeugung auf gewerbliche Schlachtungen. Bei den gewerblichen Schlachtungen nimmt die Schweinefleischerzeugung mit 66 Prozent den größten Umfang ein. Durch den starken Rückgang der Schweineschlachtungen verringerte sich dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr erheblich. Der Rückgang gegenüber 1995 betrug 10 800 Tonnen Schweinefleisch bzw. 8,7 Prozent.

Die Erzeugung von Rindfleisch nahm um 20,3 Prozent zu und erreichte den größten Umfang der letzten fünf Jahre. Die Geflügelfleischerzeugung betrug 35 000 Tonnen. Sie verdoppelte sich im Verlaufe der vergangenen fünf Jahre. Der Zuwachs 1996 gegenüber 1995 betrug 13,1 Prozent.

Der Umfang der Fleischerzeugung wird unterschiedlich für landwirtschaftliche Großtiere und Kleintiere ermittelt. Für Großtiere (Rinder, Schweine usw.) werden monatliche



Entwicklung der Fleischerzeugung – gewerbliche Schlachtungen

Jahr	Fleisch insgesamt	darunter			
		Rinder Kälber	Schafe Ziegen	Schweine	Geflügel
		1000 t			
1991	194,2	37,8	0,3	138,9	17,2
1992	137,1	20,2	0,2	89,1	27,6
1993	120,7	11,6	0,1	77,5	31,3
1994	149,3	15,7	0,1	104,3	29,1
1995	172,3	17,8	0,2	123,2	30,9
1996	169,4	21,5	0,2	112,5	35,0

Erhebungen über die Anzahl der geschlachteten Tiere durchgeführt. Außerdem werden auch nach gesetzlicher Vorschrift monatlich die durchschnittlichen Schlachtgewichte von Tieren inländischer Herkunft festgestellt. Die Monatsstatistiken über die Anzahl und Schlachtgewichte von Rindern, Schweinen sowie von Schafen und Ziegen basieren neben den nationalen Rechtsvorschriften auch auf Richtlinien der EU. Durch Verknüpfung dieser sekundärstatistisch genutzten Daten wird die Fleischerzeugung berechnet. Die Zahl der für den menschlichen Verzehr als untauglich beurteilten Tiere wird bei der Berechnung der Fleischerzeugung berücksichtigt.

Eine vollständige Erfassung aller Schlachtungen (gewerbliche und Hausschlachtungen) wird auf der Grundlage der gesetzlich verankerten Schlachtier- und Fleischschau gewährleistet. Danach unterliegen Schlachttiere vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Über die Untersuchungsergebnisse haben die Fleischschau-tierärzte und Fleischbeschauer Auf-





Bei Rindern wird nicht nur Anzahl, Gewicht, Preis und Handelsklasse ermittelt, sondern auch, ob es sich um Ochsen, Bullen, Kühe, Färsen oder Kälber handelt.

zeichnungen zu machen, aus denen die Kreisveterinärämter Monatsmeldungen für die Schlachtungsstatistik nach Kreisen zusammenstellen, die sie anschließend dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik übersenden. Dabei wird nach Schlachttieren aus dem Bundesgebiet (Tiere inländischer Herkunft) und dem Ausland (Tiere ausländischer Herkunft) unterschieden. In den Schlachtzahlen der Tiere inlän-



Jedes zehnte in Brandenburg geschlachtete Schwein wurde 1996 importiert.



Im Jahr 1996 wurden durchschnittlich 118 Rinder, 228 Schweine und 70 Schafe je Tierhaltung ermittelt.

discher Herkunft sind Schlachttiere sowohl aus Brandenburg als auch aus anderen Bundesländern enthalten.

Ein Rückschluß auf die Fleischerzeugung des Landes (territorial auf die Erzeugerebene bezogen) ist daher aus den vorliegenden Daten nur bedingt möglich. Im Jahre 1996 kam zum Beispiel jedes zehnte geschlachtete Schwein aus dem Ausland. Außerdem wird die Zahl der Hausschlachtungen nach Tierarten und bei Rindern zusätzlich nach Nutzungskategorien ausgewiesen.

Die Erhebung über die Schlachtgewichte erfolgt allgemein über die auskunftspflichtigen Schlachthöfe und Lebendviehmärkte des Landes. Erhebungsmerkmale sind das Gesamtschlachtgewicht und das durchschnittliche Schlachtgewicht je Tier (verbunden mit dem jeweiligen Preis je Mengeneinheit) bei Rindern, Schweinen und Schafen, bei Rindern zusätzlich nach Kategorien (Ochsen, Bullen, Kühe, Färsen, Kälber) sowie Handelsklassen. Die Schlachtgewichte von Pferden und Ziegen entsprechen langjährigen Durchschnittswerten. Für die Hausschlachtungen werden mit Ausnahme der Schweine die durchschnittlichen Schlachtgewichte der gewerblichen Schlachtungen zugrunde gelegt. Für Schweine wird ein etwas höheres Gewicht angesetzt.

Diese aufgezeigte Regelung zur Durchführung der Schlachtungsstatistik bedeutet eine erhebliche Einsparung an Verwaltungs- und Kostenaufwand.

Die durchschnittlichen Schlachtendgewichte waren bei den einzelnen Tierkategorien in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert und betrugen im Jahre 1996 bei Schweinen 90 Kilogramm und bei Rindern 297 Kilogramm. Schafe wurden durchschnittlich mit 17 Kilogramm geschlachtet.

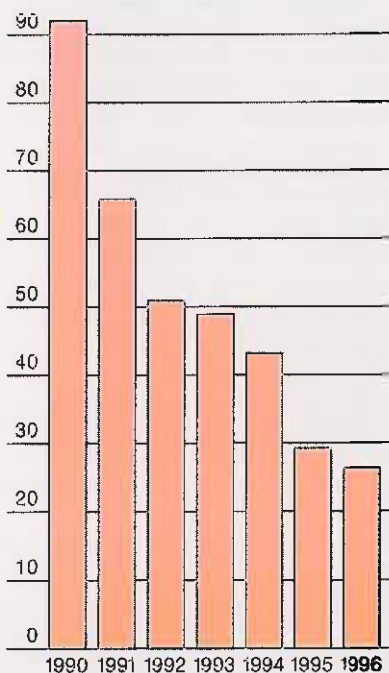
Hausschlachtungen haben in Brandenburg nur einen geringen Anteil. Der starke Rückgang des Fleischanfalls aus Hausschlachtungen wurde hauptsächlich durch die wesentlich verminderten Schweineschlachtungen verursacht. 26600 Schweine wurden für den Hausverbrauch geschlachtet. Das waren noch halb so viel wie im Jahre 1992.

Kleintiere umfassen im wesentlichen das Hausgeflügel. Der Umfang der Geflügelfleischerzeugung wird monatlich direkt von den Geflügelschlachtereien erfragt. Auskunft-



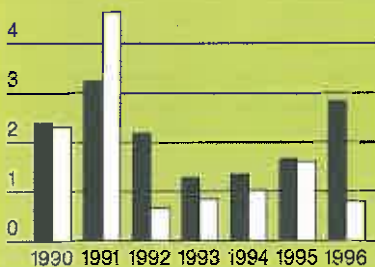
Entwicklung der Anzahl der Hausschlachtungen: **Schweine**

100 Tausend



Entwicklung der Anzahl der Hausschlachtungen: **Rinder einschl. Kälber** (schwarz) **Schafe** (weiß)

5 Tausend



pflichtige Erhebungseinheiten sind alle Geflügelschlachthöfe mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

Der Merkmalskatalog umfaßt das Schlachtgewicht des geschlachteten Geflügels nach der Art, nach der Herrichtungsform und dem Angebotszustand. Als Geflügelarten werden Jungmasthühner (auch als Broiler bekannt), Suppenhühner, Enten, Gänse, Truthühner und Perlhühner erfaßt.

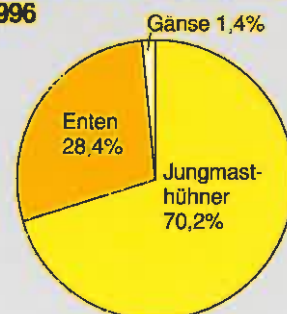
Die Herrichtungsformen beziehen sich im wesentlichen auf die Grobstrukturen nach zerteiltem und unzerteiltem Zustand. Als Angebotszustand werden frische, gefrostete und weiterverarbeitete Erzeugnisse erfragt. Einmal jährlich wird die monatliche Schlachtkapazität der Geflügelschlachtereien erhoben.

In der Geflügelfleischerzeugung dominiert die Erzeugung von Jungmasthühnern und Enten. Das Land Brandenburg gehört zu den Ländern mit einer umfangreichen Entenhaltung. Ende des Jahres 1996 wurden 727 000 Enten erfaßt. Überwiegend werden Pekingenten gehalten. Die Bestände konzentrieren sich traditionsgemäß in den östlichen Landesteilen. Im Oderbruch wird die Hälfte aller brandenburgischen Enten gehalten.



Die Erhebungsergebnisse der Tierhaltung sowie der Milch- und Eierzeugung ...

Struktur der Geflügelfleischerzeugung (gewerbliche Schlachtungen) 1996





Nennenswerte Bestands-erweiterungen an Milchkühen gab es nur in der Prignitz. Die Erhöhung der Milcherzeugung wurde durch Milchleistungsanstieg je Kuh erreicht.



... dienen als Grundlage für agrarpolitische Entscheidungen und zur Beurteilung der Marktlage.

Entwicklung der Milcherzeugung

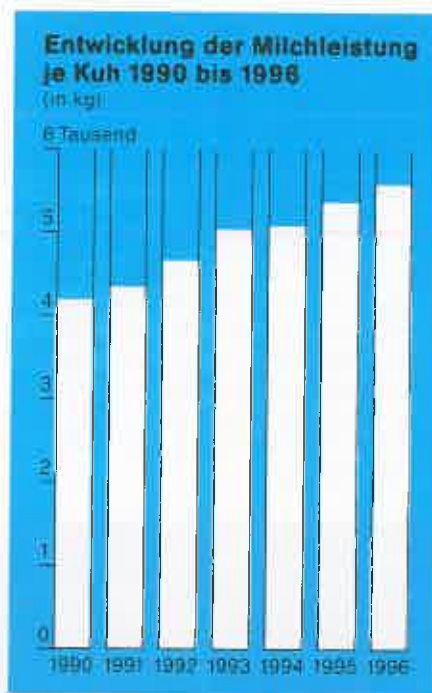
Das Land Brandenburg hat mit 4,3 Prozent (1995) nur einen unterproportionalen Anteil an der Milcherzeugung Deutschlands. Nach dem drastischen Rückgang wegen fehlender Absatzmöglichkeiten und Preisverfalls besonders im Jahre 1991 stagnierte die Milcherzeugung auch beeinflusst durch die Kontingentierung des Umfangs der Milcherzeugung nach Einführung der Garantiemengenregelung. Der Anstieg in den vergangenen beiden Jahren wird sich voraussichtlich nicht im gleichen Maße fortsetzen, da das Land Brandenburg im Jahre 1997 die bisher zugeteilte Milchquote erreichen wird. Gesetzlich sind monatliche Erhebungen und Schätzungen über die Erzeugung und Verwendung der Kuhmilch vorgesehen. Die Milchlieferung an Molkereien und Milchsammelstellen wird monatlich erhoben. Dabei liefert jede auskunftspflichtige Molkerei die Daten regional gegliedert. Da sich die Einzugsgebiete der Molkereien nicht mit den Verwaltungsregionen decken, ist ein länderübergreifender Datenaustausch notwendig. Die teilregionalen Ergebnisse der Molkereien werden dann zum jeweiligen territorialen Kreisergebnis und letztlich zum Landesergebnis zusammengestellt. Für den übrigen Teil der Milcherzeugung werden Schätzungen und Berechnungen vorgenommen.

Die im Haushalt bzw. im Betrieb der Kuhhalter als Frischmilch verbrauchte, die zu Butter, Käse oder Quark verarbeitete, die unmittelbar an Verbraucher abgegebene sowie die für Futterzwecke verwendete Milch wird anhand repräsentativ erhobener Daten viermal jährlich ermittelt. Zur Vereinfachung der Berechnung werden im Land Brandenburg Jahresdurchschnitte für die einzelnen Anteile ermittelt, die der Berechnung der Milcherzeugung jedes Mo-

nats dienen. Die Gewichtung für die einzelnen Kreise erfolgt über den Milchkuhbestand.

Im Betrachtungszeitraum waren aber entscheidende Veränderungen der wesentlichen Faktoren zur Entwicklung der Milcherzeugung festzustellen. Der Bestand an Milchkühen verringerte sich seit 1990 um über 40 Prozent. Die Milchleistung je Kuh nahm durchschnittlich jährlich um 232 Kilogramm zu.

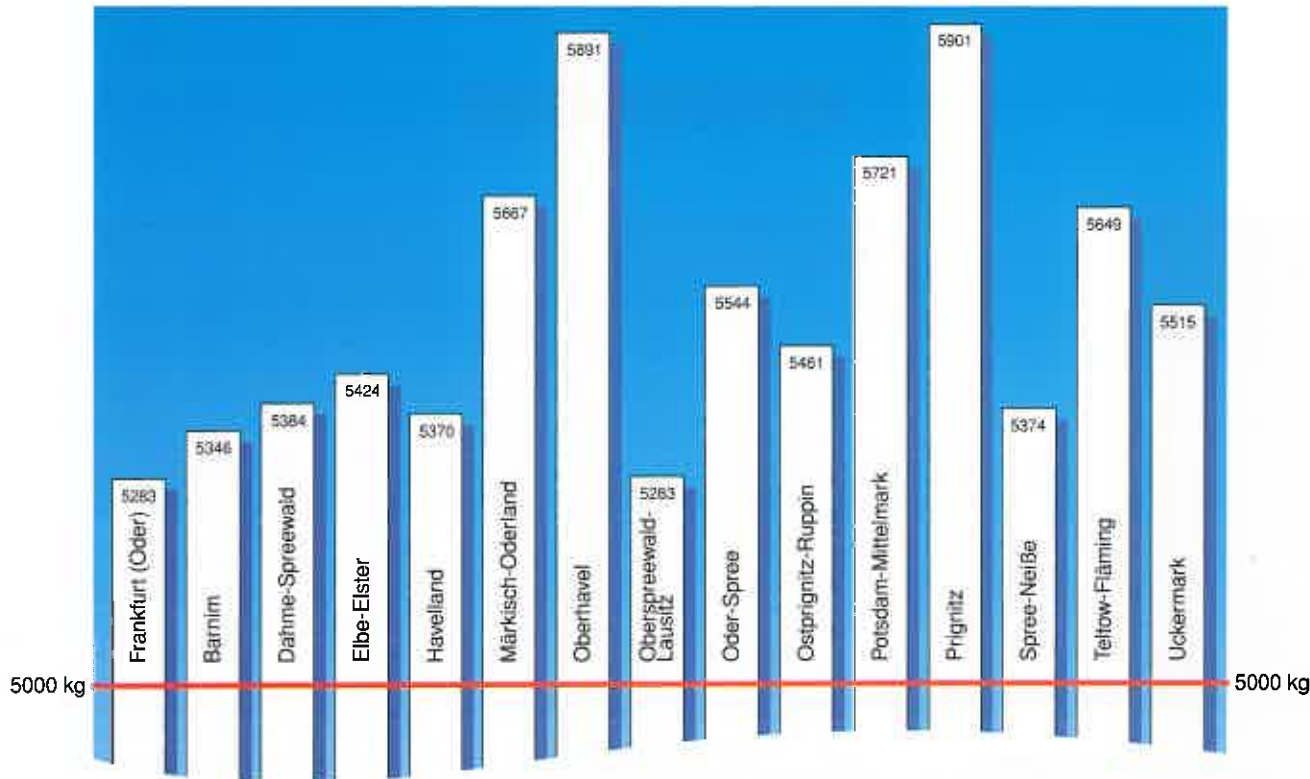
Regional waren entsprechend den unterschiedlichen Produktionsbedingungen große Leistungsunterschiede festzustellen. Während in den Kreisen Prignitz und Oberhavel etwa 5900 Kilogramm je Kuh erreicht wurden, waren es in den Kreisen Frankfurt (Oder) und Oberspreewald-Lausitz weniger als 5300 Kilogramm je Kuh im Jahre 1996.



In der Mehrzahl der Kreise wurde in den letzten Jahren die Stabilisierung oder Erhöhung der Milcherzeugung durch einen Anstieg der Milchleistung je Kuh erreicht. Nennenswerte

Entwicklung der Milcherzeugung

Jahr	Durchschnittlicher Milchkuhbestand	Milcherzeugung
	1000	1000 t
1990	384,0	1 606,0
1991	279,9	1 213,9
1992	237,7	1 108,5
1993	232,2	1 168,1
1994	229,3	1 165,8
1995	227,8	1 221,1
1996	229,1	1 277,2



Milchleistung je Kuh nach Kreisen 1996 in kg

Brandenburg an der Havel siehe Potsdam-Mittelmark
Cottbus siehe Spree-Neiße-Kreis.
Potsdam siehe Potsdam-Mittelmark.

Bestandserweiterungen an Milchkühen gab es noch in der Prignitz. In der Prignitz wurde mit 13,8 Prozent aller im Land Brandenburg erzeugten Milch der höchste Anteil eines Kreises erreicht.

Im Vergleich mit allen Ländern Deutschlands nahm Brandenburg bei der Milchleistung je Kuh einen der letzten Plätze ein. Im Vergleich zu den Ländern mit der höheren Milchleistung konnte der Rückstand verringert werden. Die Produktivität war aber wesentlich höher als in Bayern und Baden-Württemberg. Die anderen neuen Bundesländer hatten eine höhere Milchleistung je Kuh als Brandenburg.

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche züchterische Arbeit zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Milchkuhbestandes wird durch den Landeskontrollverband Brandenburg e.V. gesichert. Eine regelmäßige Milchmengen- und Milchgütekontrolle wird bei 98 Prozent aller Milchkühe vorgenommen. Diese Kontrollidichte liegt überdurchschnittlich hoch. Über den Landeskontrollverband werden jährlich zum Beispiel die Einzelkühe mit der höchsten Milchleistung und der Milchfettmenge ermittelt. Im Jahre 1996 gaben danach 810 Kühe jeweils mehr als 10 000 Kilogramm Milch. Die Spitzenleistung betrug 16 471 Kilogramm.



Milchleistung je Kuh nach ausgewählten Ländern in Kilogramm

Land	Milchleistung			Zuwachs 1996 gegenüber 1991
	1991	1995	1996	
Niedersachsen	5 966	6 277	6 291	325
Nordrhein-Westfalen	5 340	5 955	6 030	690
Brandenburg	4 337	5 361	5 576	1 239
Bayern	4 488	4 878	4 928	440
Baden-Württemberg	4 285	4 843	4 926	641

Daraus ergeben sich etwa 3000 Butterstücke zu jeweils 250-Gramm-Abpackungen. Bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 6,9 Kilogramm Butter können über 100 Personen ein Jahr lang versorgt werden.

Der überwiegende Anteil der erzeugten Milchmenge wird durch Molkereien und Milchsammelstellen aufgekauft. Im Jahre 1996 betrug dieser Anteil 94,2 Prozent der Gesamterzeugung. 5,6 Prozent dienten der Aufzucht der Jungtiere. Geringe Mengen wurden im Haushalt bzw. im Betrieb des Kuhhalters selbst verbraucht. Überwiegend wurde die Milch des Landes Brandenburg auch in den brandenburgischen Molkereien zu den molkereitypischen Erzeugnissen wie Käse, Butter, Speiseeis, Joghurt und Milchgetränken weiterverarbeitet. Zur Umsatzsteigerung trugen Milcheinkäufe aus den Ländern Mecklenburg-Vorpommern (102 000 Tonnen), Sachsen-Anhalt (18 700 Tonnen) und Sachsen (1900 Tonnen) bei. Im Jahre 1996 wurde aber auch wie in den Vorjahren Milch aus Brandenburger Milchviehbetrieben an Molkereien in Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz überwiegend wegen besserer Erlöse verkauft.

Entwicklung der Eierzeugung

Nach dem „Gesundshrumpfen“ der Legehennenbestände auf etwa 40 Prozent des im Jahre 1989 vorhandenen Bestandes bei gleichzeitiger starker Verringerung der Zahl der Unternehmen hat sich die anschließende Phase der Konsolidierung günstig auf die Entwicklung der Eierzeugung ausgewirkt. Im Jahre 1996 wurden rund 700 Millionen Hühnereier erzeugt. Bei einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von etwa 230 Eiern im Bundesgebiet war die Erzeugung höher als der Bedarf der Bevölkerung des Landes Brandenburg. 5,1 Prozent der Eier der Bundesrepublik werden von brandenburgischen Legehennen erbracht. Mehr als neun Zehntel der Eierzeugung entfallen auf Anlagen mit einer Haltungskapazität ab 3 000 Hennenhaltungsplätzen. Diese Betriebe werden monatlich nach der Höhe des Legehennenbestandes, dem Umfang der Eierzeugung und der Auslastung der vorhandenen Kapazitäten befragt. Für alle übrigen Hühnerhal-

tungen werden jährlich ergänzende Berechnungen der Eierzeugung vorgenommen. In den Kleinsthaltungen werden die Hühner ausschließlich für die Eigenversorgung gehalten.

Die Legehennen in den Eierfabriken Brandenburgs gehören zu den fleißigsten in Deutschland. Im Jahre 1996 legten sie durchschnittlich 292 Eier je Henne. Etwa 2,2 Millionen Legehennen bedeuteten eine Auslastung der Haltungskapazität von 85 Prozent. Das war besser als in den



vergangenen Jahren. Charakteristisch für die spezialisierten Eierzeugungsbetriebe ist die Käfig- bzw. Batteriehaltung. Ende Dezember 1996 entfielen 85 Prozent der vorhandenen Haltungskapazität auf diese Haltungsform. Etwa 15 Prozent der Produktionskapazität waren als Bodenhaltung und Freilandhaltung ausgerichtet. Der Anteil der Freilandhaltung als Ausdruck einer tierartgerechten Haltung verdoppelte sich innerhalb eines Jahres.

Im Jahre 1997 trat eine neue Einteilung der Gewichtsklassen bei Hühnereiern in Kraft. Entsprechend eines EU-Beschlusses werden statt bisher acht nur noch vier Gewichtsklassen gehandelt. Damit wird eine Vereinfachung erreicht. Für den Verbraucher ist die bessere Übersichtlichkeit mit schon gewohnten Symbolen für die Größenbezeichnung der Konfektion angepaßt. Die neue Klassifikation entspricht nachfolgenden Gewichtsklassen:

XL – sehr groß	–	> 73 Gramm
L – groß	–	63 bis < 73 Gramm
M – mittel	–	53 bis < 63 Gramm
S – klein	–	< 53 Gramm

Schlußbetrachtung

Die überwiegende Mehrheit der Daten für die wichtigsten Erzeugungsstatistiken der Tierproduktion wird sekundärstatistisch genutzt. Weitere Einsparungen oder Einschränkungen bei dem noch verbleibenden Teil einer allgemeinen Erhebung würden zu erheblichen Einschränkungen an Informationen führen. In der Milch- und Eiererzeugungsstatistik sind bisher noch regionale Ergebnisse zu ermitteln. Für die Fleischerzeugung wären solcherlei Daten wünschenswert.

Die Zahl der erhobenen Merkmale ist auf das notwendige Maß beschränkt. Die kurzfristige Ergebnisaufbereitung erfordert ein gut aufeinander abgestimmtes Informationssystem zwischen Auskunftspflichtigen und dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg. Die Erhebungswege und -verfahren ermöglichen die Ergebniserstellung vier Wochen nach dem Erhebungsmonat.

Zwischen den einzelnen Merkmalen einer Erhebung und zwischen mehreren Erhebungen bestehen viele plausible Zusammenhänge. Besondere Fachkenntnisse sind aufgrund landesspezifischer Aufbereitung, ressortübergreifender Nutzung und länderübergreifender Datenverwendung erforderlich.

Die Ergebnisse der Fleischerzeugung, der Milcherzeugung und -verwendung sowie der Eierzeugung dienen als Grundlage für die Berechnung des Pro-Kopf-Verbrauchs, der Nahrungsmittelproduktion, des Produktionswertes und der Verkaufserlöse der Landwirtschaft sowie für die landwirtschaftliche Gesamtrechnung als Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie dienen als eine Grundlage agrarpolitischer Entscheidungen. Sie werden für die Beurteilung der Marktlage, insbesondere des Einfuhrbedarfs und als Voraus schätzung der künftigen Angebots- und Preisentwicklung herangezogen. Sie ermöglichen zugleich Aussagen über die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten in der Primärproduktion und in der ersten Verarbeitungsstufe.

Für die Klassifikation der Betriebe und Leistungsgruppen werden die Daten weiter verwendet, ebenso für Sonderanforderungen von Fremdnutzern, wie z.B. für Belange des Gesundheitswesens und der Umwelt.

Geht das?

Umwandlung der Statistik von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft

In letzter Zeit wurde ich mehrfach gebeten, zu diesem Thema vor russischen und chinesischen Statistikern, die unser Landesamt besuchten, Rede und Antwort zu stehen. Für mich gibt es keine reine marktwirtschaftliche oder planwirtschaftliche Statistik, sondern nur eine Statistik, die zu den jeweiligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten passen muß. Sie muß die realen Prozesse abbilden und Aussagen darüber bringen, wie welche Faktoren wirken und welche politischen oder wirtschaftlichen Einflüsse notwendig sind. In der Planwirtschaft war die Statistik vorrangig Kontrollinstrument für die Entwicklungen in den Staatsbetrieben.

In der DDR-Statistik wurden deshalb im wesentlichen die Volkseigenen Betriebe in die Statistik einbezogen. Privatwirtschaftliche oder genossenschaftliche Betriebe nur, wenn es sich um besonders große Betriebe oder um Betriebe mit hohem Exportanteil handelte.

Im Vordergrund stand der Plan-Ist-Vergleich. Das angestrebte Ziel war eine möglichst hohe Planübererfüllung. Eine Auswertung nach Wirtschaftszweigen wurde zwar auch einmal jährlich gemacht, wichtiger war aber immer die Erfüllung der Staatlichen Planvorgaben in den Industrieministerien, in den Bezirken und Kreisen. Diese Zahlen waren eine wesentliche Grundlage für den „Sozialistischen Wettbewerb“.

Das verführte natürlich auch zur Fälschung von Zahlen, wobei aber meist Korrekturen der Planzahlen vorgenommen wurden, denn die Statistik war berechtigt, die Ist-Zahlen bei Betriebsbesuchen stichprobenartig zu prüfen und auch Strafen für Falschmeldungen auszusprechen.

Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Statistiker haben lediglich die Möglichkeit, vollkommen unplausible oder sich widersprechende Angaben zu hinterfragen und den Auskunftgebenden zur Korrektur aufzufordern. Nur böswillige Auskunftsverweigerungen oder Falschmeldungen können als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Bei der Verwendung der Ist-Daten gibt es heute nur wenige Unterschiede zu früher.

Lange Zeitreihen werden in der Statistik immer geführt. Während wir allerdings heute nur aggregierte Daten führen, hat die DDR-Statistik auch Zeitreihen für große Betriebe und Kombinate geführt. Das Statistikgeheimnis, so wie es jetzt besteht, gab es damals nicht. Das ist aber eine Sache, die sich aus den Besitzverhältnissen an den Produktionsmitteln ergibt. (Privatbesitz und Staatliches Eigentum)

In der DDR wurden besonders gute und schlechte Betriebe öffentlich beim Namen genannt.

Geheimgehalten wurden Daten nur, wenn sie insgesamt ein Indiz für eine schlecht funktionierende Wirtschaft waren. Wie z.B. Daten, die Auskunft gaben über eine Verschlechterung der Erlöse aus dem Export oder einen Rückgang von Investitionen und sensible Umweltdaten.

Statistik war nicht unabhängig, sondern war in ein gesamtstaatliches Kontrollsystem eingebunden. Bereits bei den Definitionen und Methodiken wurde darauf geachtet, daß mit den erhobenen Daten das dargestellt wurde, was als gesamtstaatliches Wirtschaftsziel formuliert war.

Trotzdem war auch die DDR-Statistik gezwungen, insbesondere bei Industriedaten, Angaben für internationale Vergleiche bereitzustellen. Die Zeitreihen für sich, die sich aus den Ist-Daten ergaben, hätten auch nach





der Wiedervereinigung Deutschlands mit etwas modifizierter Methodik durchaus weitergeführt werden können.

Dem standen aber folgende Probleme gegenüber:

1. Die Industriestatistik lebt im Gegensatz zu anderen Statistiken, wie z.B. die Bevölkerungsstatistik, von wertmäßigen Angaben. Es gab aber keinen allgemein gültigen Umrechnungsfaktor von DDR-Mark auf Deutsche Mark.
2. Naturalangaben wie Stückzahlen, Tonnen usw. wären vergleichbar gewesen, wenn nicht eine völlig andere Erzeugnisklassifikation bestanden hätte, so daß nur wenige Güter wirklich vergleichbar waren.

Die Tatsache, daß nur Staatsbetriebe in die Statistik einbezogen waren, wäre nicht so entscheidend gewesen, da der staatliche Sektor sehr groß war. Die Statistik erfaßt jetzt aufgrund der Abschneidegrenzen auch nur etwa 80 bis 90 Prozent der gesamten Produktion.

Ein weiteres Problem waren die Folgen der Auflösung des Statistischen Zentralamtes der DDR und die Länderbildung.

Die Länder setzten sich nicht genau aus den ehemaligen Bezirken zusammen. Bezirke wurden geteilt, Kreise und sogar Ortsteile wechselten im Zuge der Wiederherstellung historischer Verhältnisse ihre territoriale Zugehörigkeit.

Das damalige Zentralamt hatte als einzige Dienststelle den Zugriff auf den kompletten Datenbestand für die neuen Länder. Da diese Behörde aber abgewickelt wurde, konnte im Rahmen einer befristeten Weiterbeschäftigung der dort tätigen Mitarbeiter zwar der Versuch unternommen

werden, Rückrechnungen durchzuführen, diese scheiterten aber an den eingangs genannten Problemen.

Es war eigentlich nicht die Umstellung von planwirtschaftlich orientierter auf marktwirtschaftlich orientierte Statistik, die Probleme machte, sondern die gesamten Rahmenbedingungen.

Der plötzliche Übergang auf ein völlig anderes Staatssystem, die Verpflichtung, über Nacht andere vorhandene Gesetze anwenden zu müssen, hat dazu geführt, daß die Statistik für den Zeitraum des Umbruchs nicht die Angaben liefern konnte, mit der die in der Wirtschaft ablaufenden Prozesse real dargestellt werden konnten und für die es auch eine berechnete Nachfrage gab.

Ich möchte meine eingangs aufgestellte Behauptung „Statistik muß zu den Gegebenheiten passen und die Realität möglichst genau abbilden“ an einem Beispiel erklären:

Alle Staatsbetriebe der DDR wurden zunächst unter treuhänderische Verwaltung gestellt und dann schrittweise privatisiert.

Es wäre interessant gewesen, in der Statistik darzustellen, wie sich der Privatisierungsprozeß vollzieht und welche Wirkung er auf die wirtschaftliche Entwicklung hat.

Es wurde zwar die wirtschaftliche Entwicklung aufgezeigt; für die Statistik über den fortschreitenden Privatisierungsprozeß fehlte uns aber der parlamentarische Auftrag in Form eines Gesetzes. Die Bundesstatistik sieht keine Unterscheidung der wirtschaftlichen Entwicklung in Industriebetrieben gegliedert nach Rechtsformen bzw. Besitzverhältnissen vor. Das ist im Rahmen der existierenden Marktwirtschaft auch nicht notwendig. Für die Übergangsphase wäre es allerdings aufschlußreich gewesen.

Der Bundestag hatte zu dieser Zeit aber auch schwerwiegendere Entscheidungen zu treffen, als ein neues Statistikgesetz zu beschließen.

Schwer war es, die im Rahmen der Privatisierung einsetzende ständige Veränderung der Betriebsstrukturen und die Unternehmensbildung nachzuvollziehen.

Es war mit den für die Bundesstatistik bestehenden Gesetzen nicht möglich, den Entflechtungsprozeß der Staatsbetriebe und Kombinate in einer Übersicht darzustellen.

In der Bundesstatistik gibt es eine Vielzahl eigenständiger Statistikge-

setze, die die einzelnen Wirtschaftssektoren streng voneinander abgrenzen.

Das „Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe“ stellt ein in sich abgestimmtes System von Erhebungen für den Industrie- und Baubereich dar. Alles was aber den Bereich des produzierenden Gewerbes im Zuge der Entflechtung und wirtschaftlichen Neuorientierung verlassen hat, war für die Statistik zunächst einmal verloren.

Wenn ein großer Industriebetrieb 1990 noch 5000 Beschäftigte hatte und heute nur noch 500, so wissen wir nicht, ob alle 4500 Personen in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden, oder wieviele in der zur Gaststätte umgewandelten Betriebskantine oder in der zum Ärztehaus gewordenen Betriebspoliklinik Arbeit gefunden haben. Über diese Bereiche gibt es zwar auch Statistiken, der Zusammenhang kann aber nicht dargestellt werden.

Aber auch über die Einheiten, die weiterhin zum Verarbeitenden Gewerbe gehörten, ließ es sich schwer den Überblick behalten. Wir Mitarbeiter des LDS hatten zu dieser Zeit auf regionaler Ebene plötzlich keine Verbündeten mehr, die uns bei dieser Aufgabe unterstützt hätten. Unsere Statistischen Kreisämter mußten kurzfristig ihre Arbeit einstellen.

Zu DDR-Zeiten gab es für jeden Betrieb, der gegründet wurde, die Verpflichtung, bei der Statistik eine allgemein gültige Betriebsnummer zu beantragen. Die Statistik führte ein Statistisches Betriebsregister und hatte damit eine ständige Übersicht über alle existierenden Betriebe auch außerhalb der Industrie (auch Läden, Friseure usw.).

Aus Datenschutzgründen mußte dieses Register eingestellt werden.

In der Bundesstatistik gibt es zwar zum Zwecke der Erhebungsorganisation die „Kartei im Produzierenden Gewerbe“. Sie beinhaltet aber nur die Einheiten, die in Erhebungen einbezogen sind und die zum Produzierenden Gewerbe gehören. Ein umfassendes Unternehmensregister, in der zukünftig alle Unternehmen und ihre Teile enthalten sein werden, befindet sich zur Zeit in Deutschland im Aufbau, wird aber erst im nächsten Jahrtausend fertiggestellt sein.

Zurück zur Kartei und zu den Umgestaltungsprozessen.

Die einzige Möglichkeit, die Übersicht über alle Neugründungen zu behalten, war die Auswertung der

Gewerbean- und -abmeldungen. Wir erhielten diese Gewerbeanzeigen hauptsächlich, um daraus eine Sekundärstatistik zum Existenzgründungsgeschehen zu machen und haben sie natürlich auch zur Fortschreibung der Kartei verwandt.

Allerdings waren Anfang der neunziger Jahre die Gewerbeämter stark überlastet, denn durch die plötzliche Gewerbefreiheit setzte ein regelrechter Gründungsboom ein.

Es ist damals sicher nicht gelungen, jeden sich ausgründenden Betrieb zeitgleich zu erfassen, so daß manch zusätzlicher Einschnitt in die Entwicklungskurve erzeugt wurde.

Auch die Mitwirkung der Auskunftgebenden war nicht immer kooperativ. Viele dachten, daß mit dem Über-

gang zur Marktwirtschaft nun das Zeitalter der totalen Freiheit anbrechen und nur noch ein paar „alte Staatskader“ an der Statistik festhalten würden.

Ich hätte nie geglaubt, daß wir es plötzlich mit Auskunftsverweigerung und sogar mit Anfeindungen zu tun bekommen.

Ein eigentlich unerklärliches Phänomen, denn die Belastung der Auskunftgebenden durch die Bundesstatistik ist im Gegensatz zur DDR-Statistik, sowohl hinsichtlich des Termindrucks als auch der Vielzahl der auszufüllenden Formblätter, auf einen Bruchteil reduziert worden. Aber auch dieser Bruchteil ist lästig.

Unter den verschärften Bedingungen des Marktes und dem enormen Kon-

kurrenzdruck können es sich viele Unternehmen nicht leisten, einen unproduktiven Bereich, wo Formblätter ausgefüllt werden, personell gut auszustatten. Dieses Argument hören wir vor allem von neu gegründeten und kleineren Firmen.

Es ist daher nicht sinnvoll, verstärkt auf staatlichen Zwang und schärfere Vollzugsmaßnahmen zu drängen, sondern Statistik so zu gestalten, daß sie die Unternehmen so wenig wie möglich belastet und interessante und auch für den Auskunftgebenden verständliche und verwertbare Ergebnisse hervorbringt. Zur Zeit wird an einer Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe gearbeitet, über die zu gegebener Zeit berichtet werden wird.

Claudia Kathke

LDS als Aussteller auf der Leipziger Buchmesse

Im Frühjahr 1997 präsentierten die Statistischen Landesämter ihr Veröffentlichungsangebot erstmals auch auf der Leipziger Buchmesse. Vom 20.-23. März trafen sich in den Messehäusern der Innenstadt 1600 Aussteller, um Bücher, Zeitungen, Videos, Landkarten, Kalender und vieles andere mehr zu zeigen. Das vielfältige Angebot und bekannte Autoren und Künstler wie Stefan Heym, Martin Walser, Eva Strittmatter, Wolf Biermann oder „Die Prinzen“ zogen 40 000 Besucher an.

Sicher sind nicht alle 40 000 am Gemeinschaftsstand der Statistischen Landesämter vorbeigekommen, aber zu tun gab es hier trotzdem einiges. Besonders gefragt waren natürlich Zahlen über Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch für die anderen Länder gab es Interessenten.

Nicht nur potentielle Nutzer der amtlichen Statistik, sondern auch Buchhändler, Archivare oder Druckereien verschafften sich einen Überblick über das Veröffentlichungsprogramm der Statistischen Ämter. Aufgrund der Kreisgebietsreformen in den neuen Bundesländern war



Messestand der Statistischen Landesämter. V.l.n.r.: Frau Schöne (Sachsen-Anhalt), Frau Siegmann (Mecklenburg-Vorpommern), Frau Hergert (Brandenburg), Herr Dr. Fischer (Sachsen), Frau Allafi (Statistisches Bundesamt).

auch einfaches Kartenmaterial für die einzelnen Länder sehr gefragt. Als Renner erwiesen sich wieder einmal Schulverzeichnisse, für die die meisten Bestellungen aufgenommen wurden. Auffällig war, daß sich die Mehrzahl der Besucher wirklich für das Buch im traditionel-

len Sinne – und weniger im elektronischen – interessierte. Es bleibt zu hoffen, daß der aller Voraussicht nach 1998 stattfindende Umzug der Buchmesse in die Glashallen am nördlichen Stadtrand von Leipzig der tollen Besucherresonanz keinen Abbruch tut.

her

Gästebetreuung im LDS

Zwischen Spürhund und Spionbrücke



**Chinesisches Teehaus
im Park Sanssouci.**

Als ich an einem heißen Sommertag im August 1994 morgens aus meinem Büro trat, wurde mir gleich noch heißer. Stand ich doch einem ausgewachsenen Schäferhund und einem jungen Mann in Polizeiuniform gegenüber. Ich konnte dies zunächst nicht einordnen, bis mir einfiel, daß Manfred Stolpe seinen Besuch angekündigt hatte. Und das „Hündchen“ suchte mit seiner Spürnase nach Sprengstoff.

Solch hohe Besucher frequentieren nicht allzu oft unser Haus, so daß nicht so bald mit einem neuerlichen Zusammentreffen mit Spürhunden zu rechnen ist. Alwin Ziel, unser oberster Dienstherr, kam bislang ohne tierische Begleitung, aber immer mit zwei Bodyguards. Andere Politiker wie Thomas Klein, Rainer Eppelmann, Wolfgang Birthler oder Lothar Bisky besuchten unser Amt ohne

sichtbare Sicherheitsvorkehrungen. Neben allgemeinen Informationsbesuchen empfangen wir zunehmend auch Gäste, die konkrete Hilfe für den Aufbau der Statistik in ihrer Heimat erwarten, vor allem aus Ländern Osteuropas und aus China.

Im Sommer 1996 kam eine chinesische Delegation, die unser Fahrer aus Berlin abholt und beim Überfahren der Glienicker Brücke mit der Geschichte der „Spionbrücke“ stark beeindruckt hatte. Nach Vorträgen und Diskussionen zum Thema „Umwandlung der Statistik von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft“ sollte der Tag gemächlich mit etwas Kultur ausklingen. Ich führte die Delegation – natürlich – zum Park Sanssouci. Auf dem Weg vom Schloß zum Chinesischen Teehaus verschwand der Delegationsleiter spurlos. Während einige Kollegen nach ihm suchten, wartete ich mit den anderen vor

dem Teehaus. Da fragte mich eine der Damen plötzlich kichernd, ob die Figuren vor dem Haus etwa Chinesen darstellen sollten. Auf meinen verständnislosen Blick hin erwiderte sie, daß Friedrich der Große wohl nie in China gewesen sei, denn die Nasen seien viel zu lang. Womit sie recht hatte.

Später erfuhr ich, daß der Leiter nach Stunden wiedergefunden und der Dolmetscher auf der Rückfahrt nach Berlin dort beraubt worden war.

Vermutlich ist es auf solche Erlebnisse zurückzuführen, daß sich das Land im fernen Osten jetzt lieber die Experten nach Hause einläßt. So weilte der Direktor unseres Amtes gemeinsam mit weiteren Leitern Statistischer Landesämter und des Statistischen Bundesamtes Anfang Mai in Nanjing, um der Volksrepublik bei der Neuordnung der amtlichen Statistik zu helfen.

Ina Hergert

Strafverfolgungsstatistik

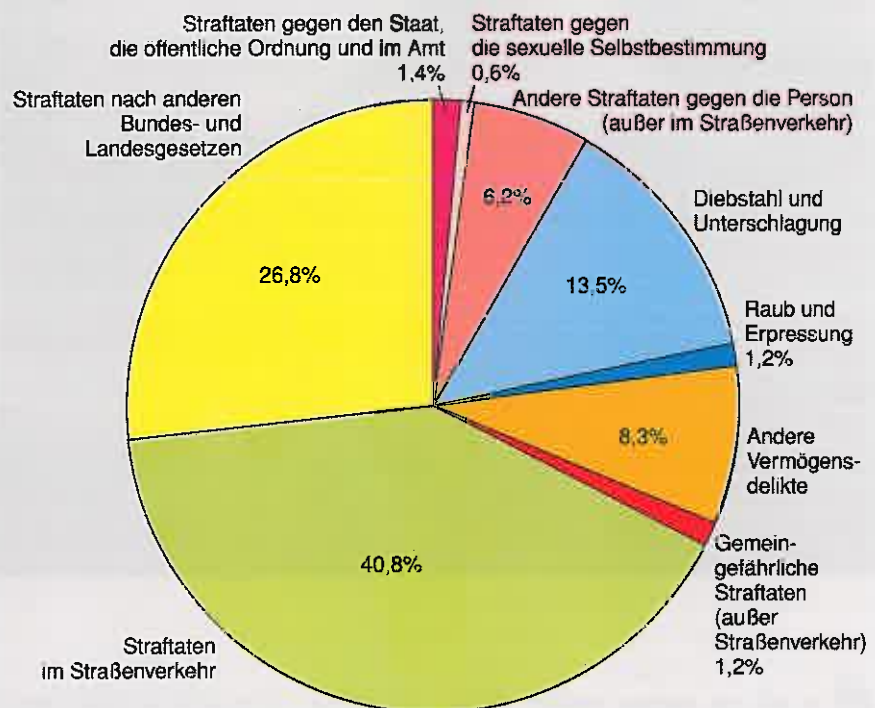
Unverzichtbare Quelle zur Bewertung der Kriminalität

Seit dem Jahr 1994 führt das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg die Strafverfolgungsstatistik durch. Rechtsgrundlage für die jeweils jährliche Erhebung ist die Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz vom 03. Dezember 1993, veröffentlicht im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg S. 237.

Mit der Strafverfolgungsstatistik werden die im Laufe eines Jahres aufgrund gerichtlicher Entscheidung rechtskräftig abgeurteilten und verurteilten Personen erfaßt. Von den Strafvollstreckungsbehörden – Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften – werden die Daten von Personen, die sich wegen Verbrechen oder Vergehen nach dem Strafgesetzbuch, nach anderen Bundesgesetzen oder nach Landesrecht einschließlich der Straftaten im Straßenverkehr und Staatsschutzdelikten vor Gericht verantworten mußten, in anonymisierter Form übermittelt. Unterschieden wird dabei in Abgeurteilte¹⁾ nach allgemeinem Strafrecht (Erwachsene/Heranwachsende) und nach Jugendstrafrecht (Jugendliche/Heranwachsende). Da nach dem Strafrecht Kinder unter 14 Jahren noch nicht strafmündig²⁾ sind, bleiben diese innerhalb der Strafverfolgungsstatistik unberücksichtigt.

Die Strafverfolgungsstatistik dient dem Gesetzgeber, der Strafrechtspolitik und der Strafrechtspflege als un-

Anteile der rechtskräftig Verurteilten 1996 nach Hauptdeliktgruppen bzw. schwerster Straftat (in %)
Rechtskräftig Verurteilte insgesamt: 33 906



verzichtbare Quelle für die Untersuchung der Ursachen, Erscheinungsformen und die Entwicklung der Straffälligkeit. Sie gibt u.a. einen Überblick über Umfang und Struktur der verurteilten Personen, der Straftatenschwerpunkte, der von den Gerichten ausgesprochenen Sanktionen einschließlich der Anwendung der unterschiedlichen Strafrechte. Eine andere Schiene zur Beurteilung des Ausmaßes und der Entwicklung der Straffälligkeit stellt die Polizeiliche Kriminalstatistik dar, die vom Landeskriminalamt Brandenburg geführt wird. Die Polizeiliche Kriminalstatistik registriert die der Polizei tatsächlich bekanntgewordenen Verbrechen- und Vergehenfälle einschließlich der mit Strafe bedrohten

Versuche. Nicht enthalten sind Staatsschutz- und Verkehrsdelikte. Eine Vergleichbarkeit der Polizeilichen Kriminalstatistik mit der Strafverfolgungsstatistik ist nicht gegeben, da der Erfassungszeitraum verschoben ist, sich die Erfassungsgrundsätze unterscheiden und der Einzelfall im Justizbereich eine andere strafrechtliche Beurteilung erfahren kann. Daher wird die Polizeiliche Kriminalstatistik in diesem Beitrag nicht näher betrachtet.

Abgeurteilte und Verurteilte

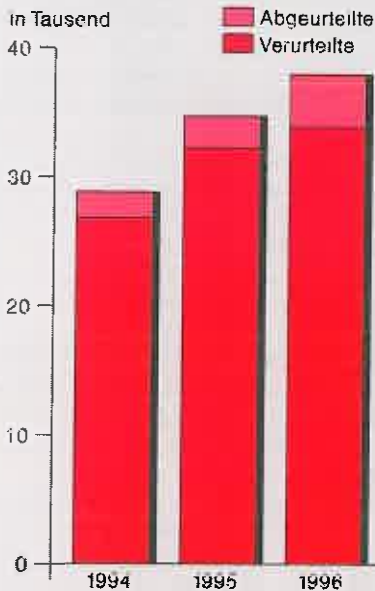
Im Jahr 1996 hatten sich insgesamt 38 055 Personen, 34 395 Männer und 3 660 Frauen, gegen die ein

¹⁾ Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil, Strafbefehl oder Einstellungsbeschluß rechtskräftig abgeschlossen worden sind. Die Zahl setzt sich aus Verurteilten und Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden, zusammen. Andere Entscheidungen sind Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens und sonstige Entscheidungen (Anordnungen von Maßregeln der Besserung und Sicherung, Absehen von Strafe und Überweisung an den Vormundschaftsrichter gemäß § 53 JGG).

²⁾ Strafmündige Bevölkerung beinhaltet Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre alt), Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre alt) und Erwachsene (21 Jahre und älter).

Strafverfahren vor brandenburgischen Gerichten rechtskräftig abgeschlossen wurde, zu verantworten. Gegenüber dem Jahr 1994 waren das 9155 Aburteilungen mehr. Für 89 Prozent der Angeklagten endeten die Strafverfahren mit einer Verurteilung (nach allgemeinem Strafrecht zu Freiheitsstrafe, Strafhaft oder Geldstrafe und nach Jugendstrafrecht zu Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßnahmen).

Aburteilungen und Verurteilungen 1994–1996



Die Grafik stellt die Entwicklung des Verhältnisses von Aburteilungen und Verurteilungen in den Jahren 1994 bis 1996 dar.

Gegen 11 Prozent der im Jahr 1996 angeklagten Personen erging eine andere Entscheidung, nämlich in 410 Fällen erfolgte Freispruch und bei 3739 Angeklagten wurden die Verfahren durch Einstellung, Absehen von Strafe oder andere Entscheidung beendet.

Wie die Strafverfolgungsstatistik weiter belegt, werden Frauen entschieden weniger straffällig als Männer.

So stand 1996 neun abgeurteilten bzw. verurteilten Männern nur eine weibliche Person gegenüber.

Bei Betrachtung der Anteile der kriminologisch relevanten Altersgruppen der Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen an den Verurteilten insgesamt wird deutlich, daß die Gruppe der Erwachsenen mit 84 Prozent die weitaus höchste Straffälligkeit aufwies, 12 Prozent waren Heranwachsende und 4 Prozent der Verurteilten betrafen Jugendliche.

Ein Viertel aller Verurteilten war mindestens einmal vorbestraft.

Ein Drittel war ausländischer Herkunft.

Ein anderes Maß, welches tieferen Aufschluß über die kriminelle Belastung gibt, ist die Verurteilungsziffer. Hierbei wird die Anzahl der Verurteilten zu jeweils 100 000 der vergleichbaren strafmündigen Bevölkerung in

Relation gesetzt. Danach wurden im Jahr 1996 1576 Personen je 100 000 der strafmündigen Bevölkerung von brandenburgischen Richtern verurteilt. Im Jahr 1994 lag diese Größe bei 1275. Die Verurteilungsziffer der Erwachsenen nahm von 1203 im Jahr 1994 auf 1491 im Jahr 1996 zu. Die der Heranwachsenden stieg von 3494 auf 4387, und die der Jugendlichen sank innerhalb der drei Jahre der amtlichen Erhebung von 994 auf 979. Das bedeutet, daß junge Menschen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren damals wie heute besonders häufig vor Gericht stehen.

Die Anteile rechtskräftig Verurteilter nach Hauptdeliktgruppen/schwerster Straftat sind in der Grafik auf Seite 28 dargestellt.

Innerhalb der Hauptdeliktgruppen gibt es gegenüber 1994 erhebliche Anteilsveränderungen bei Straftaten im Straßenverkehr – 1994: 53,3 Prozent – und bei Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen – 1994: 14,4 Prozent –.

Straftaten im Straßenverkehr

Der Anteil der wegen Straftaten im Straßenverkehr Verurteilten ist trotz des Rückganges von 14 317 Personen auf 13 837 Verurteilungen hoch, wobei hier die Gruppe der Erwachsenen mit 89 Prozent der Verurteilten an der Spitze rangiert.

Abgeurteilte nach Tatbestandsgruppen und Art der Beendigung des Verfahrens

Tatbestandsgruppe/ Schwerste Straftat	Abgeurteilte	Beendigung des Verfahrens durch						
		Verurteilung				Freispruch	Einstellung ohne Maßregeln	sonstige Entscheidungen
		Personen insgesamt	davon					
			Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche			
Straftaten (ohne Straftaten im Straßenverkehr)	23 082	20 060	16 217	2 578	1 265	257	2 739	26
davon nach StGB (außer im Straßenverkehr)	13 662	10 962	8 170	1 581	1 211	241	2 433	26
nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StVG)	9 420	9 098	8 047	997	54	16	306	—
Straftaten nach ehemaligem DDR-Recht	12	9	8	1	—	—	3	—
Straftaten im Straßenverkehr	14 961	13 837	12 303	1 339	195	153	960	11
davon nach StGB	11 784	11 048	9 944	1 001	103	133	593	10
nach StVG	3 177	2 789	2 359	338	92	20	367	1
Insgesamt	38 055	33 906	28 528	3 918	1 460	410	3 702	37

11048 Personen wurden nach Paragraphen des Strafgesetzbuches und 2789 nach dem Straßenverkehrsgesetz verurteilt.

Wegen Trunkenheit im Straßenverkehr mußten sich 8693 Personen verantworten, darunter 3752 Fälle, die in Trunkenheit einen Unfall verursachten. Bei den Straßenverkehrsdelikten insgesamt wurde mehr als jede zweite Straftat unter Alkoholeinfluß begangen, unverändert gegenüber dem Jahr 1994.

Fahrlässige Körperverletzung oder Tötung im Straßenverkehr waren in 1058 Fällen Anlaß zur Verurteilung und unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (Fahrerflucht) führte 1641mal zur Bestrafung.

In 853 Fällen ordneten die Richter Fahrverbot an und entschieden für 9308 Personen den Entzug der Fahrerlaubnis.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Obwohl der Anteil der Deliktsgruppe an den Verurteilten insgesamt gering ist, sensibilisieren Straftaten dieser Art die Öffentlichkeit beachtlich, da meist Kinder und Frauen Opfer sind. Wegen Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 190 Personen, hauptsächlich Erwachsene, verurteilt. Fast die Hälfte dieser Delinquenten war bereits mindestens einmal vorbestraft. Nennenswert sind die Verurteilungszahlen wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern (117), Vergewaltigung (26), sexueller Nötigung (16) und exhibitionistischer Handlungen (10).

Alle diese Straftaten wurden ausschließlich von Männern begangen.

Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen

Bei den verurteilten Personen nach der Abgabenordnung handelte es

sich im Jahr 1996 zu drei Viertel um ausländische Männer, die sich überwiegend im Erwachsenenalter befanden. Diese hohe Kriminalität hängt offensichtlich mit dem grenznahen Bereich des Landes Brandenburg zu Osteuropa zusammen.

Das Ausländergesetz und das Asylverfahrensgesetz finden nur Anwendung in Fällen strafbarer Handlungen durch ausländische Personen. Auch hier wurden überwiegend erwachsene Männer zur Rechenschaft gezogen.

Anders bei den Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, wo etwa die Hälfte der Verurteilten Jugendliche waren. Obwohl die Entwicklung über die 3 Jahre nur einen kurzfristigen Zeitraum belegt und die Fallzahlen relativ gering sind, ist die steigende Tendenz der Straftaten und deren Ahndung im Zusammenhang mit Rauschmitteln erkennbar.

Anwendung des Strafrechts

– Allgemeines Strafrecht –

Die Richter an brandenburgischen Gerichten verurteilten im Jahr 1996 28528 Erwachsene und 2894 Heranwachsende nach allgemeinem Strafrecht. Der Richterspruch lautete als schwerste Strafe 3929mal Freiheitsstrafe, 3mal Strafverbot und in 27490 Fällen wurde auf Geldstrafe plädiert. Von den Delinquenten, gegen die eine Freiheitsstrafe verhängt wurde, erhielten drei Viertel eine Strafaussetzung zur Bewährung, überwiegend Personen mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr. Langfristige Strafen von mehr als 5 Jahren mußten 27 straffällig gewordene Personen entgegennehmen, darunter eine Person lebenslange Haft.

Von den verhängten Geldstrafen entfielen 45 Prozent auf Straftaten im Straßenverkehr, 30 Prozent auf De-

likte nach anderen Bundes- und Landesgesetzen, 10 Prozent auf Diebstahl und Unterschlagung und 8 Prozent auf andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte. Die restlichen 7 Prozent verteilen sich auf die 5 übrigen Hauptdeliktsgruppen.

Unter den nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Personen befanden sich 8036, die frühere Verurteilungen vorwiesen, darunter sogar 1212 Personen, die bereits fünfmal oder häufiger vorbestraft waren.

– Jugendstrafrecht –

Nach Paragraphen des Jugendstrafrechts wurden im Jahr 1996 2484 Personen verurteilt, davon 1024 Heranwachsende und 1460 Jugendliche. Für Heranwachsende gilt, in Abhängigkeit von der Persönlichkeit des Angeklagten, die wahlweise Anwendung des allgemeinen oder des Jugendstrafrechts. Diese Entscheidung obliegt dem Richter.

Als häufigste Sanktion nach dem Jugendstrafrecht wurden gegen zwei Drittel der Täter Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregeln verhängt. Dazu gehören u.a. Zahlung eines Geldbetrages, Arbeitsleistung, Wiedergutmachung, Verwarnung oder Jugendarrest.

830 straffällig gewordene Jugendliche oder Heranwachsende wurden mit Jugendstrafe belegt (1994: 771 Personen), darunter 778 Personen mit Strafen bis zu einschließlich zwei Jahren. Hierbei wurde für 652 verurteilte Personen die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Für 52 Jugendliche oder Heranwachsende endeten die Verfahren vor Gericht mit Strafen von 2 bis 10 Jahren, darunter 2 Fälle mit 5 bis 10 Jahren Freiheitsentzug.

Die den Verurteilungen vorausgegangenen schweren Straftaten waren in diesen Altersgruppen primär Diebstahl und Einbruchdiebstahl, Körperverletzung bzw. gefährliche Körperverletzung, aber auch Raub und schwerer Raub.

In der kürzlich durch das Brandenburger Innenministerium bekanntgegebenen Polizeilichen Kriminalstatistik wurde die wachsende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen und die daraus resultierenden Straftaten besonders hervorgehoben und leider bestätigt.

Auch bei den nach Jugendstrafrecht verurteilten Personen war ein Großteil, nämlich ein Drittel, einmal oder mehrmals vorbestraft.

Christel-Beate Seifert

Anzahl der verurteilten Personen nach ausgewählten Bundes- und Landesgesetzen

	1994	1995	1996
Abgabenordnung (Steuer- und Zollzuwiderhandlungen)	1 836	3 848	6 737
Pflichtversicherungsgesetz	1 057	1 136	951
Asylverfahrensgesetz	393	487	542
Ausländergesetz	260	395	561
Betäubungsmittelgesetz	16	18	34



Innenminister Alwin Ziel (links) und Hans-Jürgen Langer, Präsident der Potsdamer Direktion der Deutschen Telekom, bei der Vertragsunterzeichnung.

Meilenstein zur Realisierung des neuen, multimedialen Landesverwaltungsnetzes

Vertrag unterzeichnet

Am 14. Februar 1997 unterzeichneten der Innenminister des Landes Brandenburg, Alwin Ziel, und der Präsident der Potsdamer Direktion der Deutschen Telekom, Hans-Jürgen Langer, den Vertrag zur Errichtung des neuen, multimedialen Landesverwaltungsnetzes. Ausschreibung und ein Jahr Vertragsverhandlungen sind damit erfolgreich beendet.

Der Vertrag umfaßt ein finanzielles Gesamtvolumen von ca. 42 Millionen DM.

Bisherige Etappen waren:

11/94 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit der Absichtserklärung zur Errichtung eines multimedialen Landesverwaltungsnetzes

2/95 Fertigstellung des Aufbau- und Betreiberkonzeptes unter Mitwirkung des Ministeriums des Innern, des Ministeriums der Finanzen, des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, der Oberfinanzdirektion und des Zentralsdienstes für Technik und Beschaffung

11/95 Erstellen des Pflichtenheftes

11/95 Bundes- und europaweite Ausschreibung

2/96 Beginn der Vertragsverhandlungen

2/97 Unterzeichnung des Vertrages mit der Deutschen Telekom AG als Generalauftrag-

nehmer unter Beteiligung der Firmen DATUS und Bosch-Telekom

Damit kann jetzt die Erstellung eines Pilotnetzes beginnen. Hier werden die einzelnen Netzkomponenten und Möglichkeiten des neuen Netzes auf den Prüfstand gestellt. Es erfolgt die Sprach- und Datenanbindung von etwa zehn ausgewählten Standorten in allen Netzebenen. Bei erfolgreicher Abnahme des Pilotnetzes im September 1997 werden sämtliche Komponenten „produktionswirksam“ und der Gesamtausbau des Netzes kann beginnen. Die Projektgruppenmitglieder sind optimistisch, das Vorhaben im vorgegebenen Zeitraum realisieren zu können.

Dr. Ortwin Böckmann

**Haushalte
gesucht!
Nächste EVS 1998**



Unterschiedliches Ausgabeverhalten in Ost- und West-Haushalten

Im Durchschnitt gaben Haushalte im früheren Bundesgebiet im Jahre 1993 monatlich 3639 DM für den Privaten Verbrauch, d.h. für den Kauf von Waren und Dienstleistungen aus, das entspricht 72,6% der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen (5014 DM). Die sonstigen Ausgaben wie Versicherungsbeiträge u.ä. beliefen sich auf 14,3% (717 DM), die Ersparnis betrug durchschnittlich je Haushalt und Monat 658 DM gleich 13,1% der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Dies geht aus vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnissen der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe**, bei der mehr als 50000 private Haushalte in ganz Deutschland befragt wurden, hervor.

Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten im Jahre 1993 ausgabefähige Einkommen und Einnahmen, die bei etwas mehr als zwei Drittel (68,2%) der Einkommen der Haushalte lagen, die im früheren Bundesgebiet ihren Wohnsitz hatten. Von den durchschnittlich 3419 DM ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen verwendeten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 79% für Ausgaben des Privaten Verbrauchs, das waren monatlich

2700 DM. Die sonstigen Ausgaben, darunter besonders auch die Versicherungsbeiträge waren absolut (301 DM) und relativ (8,8%) erheblich geringer als im früheren Bundesgebiet. Dagegen erreichte die Ersparnis anteilmäßig mit 12,2% an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen fast das Niveau der Haushalte im früheren Bundesgebiet. Allerdings blieb die absolute Summe, die die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost monatlich im Jahre 1993 sparten, mit 418 DM um 240 DM niedriger als im früheren Bundesgebiet.

Das Ausgabeverhalten zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost wich 1993 zum Teil noch erheblich voneinander ab. So wurden z.B. von den Haushalten in den neuen Ländern 4,7% der Ausgaben in Körper- und Gesundheitspflege investiert, in den alten Ländern waren es 6,1%. Der größte Anteil wurde jeweils für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben (Ost: 24,1%, West: 21,0%), gefolgt von Wohnungsmieten, die im früheren Bundesgebiet mit 19,9% einen größeren Anteil als in den neuen Ländern (13,4%) ausmachten.

Wie ist jedoch jetzt die Lage?

Gleichen Ost und West sich bei Einnahmen und Ausgabeverhalten weiter an? Um diese Fragen beantworten zu können, brauchen wir Ihre Mithilfe!

1998 wird wieder eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt. Dafür werden Haushalte gesucht, die drei Monate lang ein Haushaltsbuch über alle Einnahmen und Ausgaben führen sowie Angaben zu ihrem Haushalt, der Wohnung und deren Ausstattung machen. Die teilnehmenden Haushalte werden während der gesamten Dauer der Erhebung von erfahrenen Interviewern/innen oder auf Wunsch auch von Mitarbeitern/innen des LDS Brandenburg direkt betreut. Außerdem erhält der Haushalt eine kleine finanzielle Entschädigung für seine Mühe.

Sollten Sie jetzt neugierig geworden sein und weitere Informationen wünschen, so wenden Sie sich bitte an das

LDS Brandenburg, Frau Kresse,
Telefon: 03 35/560 22 58.